

# Sommer

Zentral-Organ für die Interessen  
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.  
Publikations-Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.  
Eingel-Abonnement pro Quart. franko geg. franko 1,50 M.  
Der Courier ist in die Postzeitungsliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.  
Telephon: Amt IV, 950.  
Geöffnet: 9-1 Uhr vorm., 3-7 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss  
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.  
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.  
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 31.

Berlin, den 1. August 1909.

13. Jahrg.

## Achtung, Verbandsmitglieder!

Das Jahrbuch 1908 unseres Verbandes ist erschienen. Der Preis ist für Verbandsmitglieder auf 50 Pfg. pro Exemplar festgesetzt. Im Buchhandel kostet das Jahrbuch 1 M.

Jeder Kollege, der sich für seine Organisation interessiert, der für sie wirken will, muß das Jahrbuch lesen, denn es enthält in kurz gefasstem Rahmen alles Wissenswerte über unseren Verband. Die Verabfolgung des Buches besorgen die Ortsverwaltungen.

Verlagsbuchhandlung „Courier“.

## Unser Verband im Jahre 1908.

Ein Auszug aus dem Jahrbuch.

III.

Wie äußerst ungünstig sich die Arbeitsgelegenheit im Jahre 1908 für unsere Kollegen gestaltet hatte, das bezeugt uns die Arbeitslosenstatistik. Der Prozentsatz der Arbeitslosen im Vergleich zu den beschäftigten Verbandsmitgliedern betrug im 4. Quartal des Jahres 1906: 4,6 pCt., dagegen für 1908 im gleichen Quartal 7,6 pCt. Das ist eine Steigerung um rund 60 pCt. Das gleiche Bild erhalten wir bei Vergleich der Arbeitslosentage im 1. Quartal 1907 resp. 1908. Dort betragen diese insgesamt 50 130, hier 114 484 Arbeitstage. Auch die Dauer der Arbeitslosigkeit war bei dem einzelnen betroffenen Verbandskollegen doppelt so lang wie im Jahre 1906. Die diesbezüglichen Verhältniszahlen sind 6,2 resp. 14,7. Wie hätte da der Welten der Unternehmer in bezug auf Lohnrückerei und allgemeiner Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse geklärt, wenn nicht die Organisation mit der Arbeitslosenunterstützung helfend eingesprungen wäre!

Die Zahl der Lohnkämpfe und die Zahl der an solchen beteiligten Kollegen ist im Jahre 1908 naturgemäß ganz erheblich zurückgegangen. Wenn Tausende ja Hunderttausende von Beschäftigungslosen auf der Straße stehen, verbietet die Klugheit eine größere Ausdehnung der Lohnbewegungen. In solch harten Zeitaltern ist es weit mehr Aufgabe der Gewerkschaften, das früher Errungene zu sichern und zu erhalten, als neue Forderungen zu stellen. Letztere vermag man kühl berechnend auf eine bessere Zeit. Man verpulvert nicht nutzlos die aufgesammelten Groschen, die sich später bei günstigerer Konstellation auf dem Arbeitsmarkt viel besser und nutzbringender verwerten lassen. Wenn es aber trotz all den Folgen der wirtschaftlichen Krise gelingen ist, 90,6 pCt. aller geführten Bewegungen mit vollem resp. teilweisem Erfolge abzuschließen, dann können wir mit dem Ergebnis der auf diesem Gebiete geleisteten Arbeit zufrieden sein. Es waren im verfloffenen Jahre 394 Lohnbewegungen zu verzeichnen, die sich auf 101 Orte, 1686 Betriebe mit 18 419 beschäftigten Personen erstreckten.

Unserer Organisation gehörten davon 13 004 gleich 78 pCt. der Beteiligten an. Bei den Angriffsbewegungen waren 93,8 pCt., bei den Abwehrbewegungen 81,5 pCt. für unsere Kollegenchaft erfolgreich, und sogar 50 pCt. der Ausprägungen konnten mit Gewinn für die Beteiligten beendet werden. Im Handelsgewerbe wurde erzielt: Eine Verkürzung der Arbeitszeit für 893 Personen in 73 Betrieben, eine Erhöhung des Lohnes für 3006 Personen in 262 Betrieben,

die Bezahlung der Ueberstunden für 1479 Personen in 113 Betrieben, Gewährung von Prozentsen, Spezen und Lourengeldern für 391 Personen in 33 Betrieben, Gewährung von freien Ruhetagen und Ferien für 989 Personen in 99 Betrieben und sonstigen Vorteilen für 1651 Personen in 164 Betrieben.

Im Transportgewerbe wurde erzielt: Eine Verkürzung der Arbeitszeit für 865 Personen in 107 Betrieben, eine Erhöhung des Lohnes für 3422 Personen in 557 Betrieben, die Bezahlung der Ueberstunden resp. der Sonn- und Feiertagsarbeit für 1797 Personen in 350 Betrieben, Gewährung von Prozentsen, Spezen und Lourengeldern für 360 Personen in 51 Betrieben, Gewährung von freien Ruhetagen und Ferien für 956 Personen in 102 Betrieben und sonstigen Vorteilen für 4062 Personen in 443 Betrieben.

Im Verkehrsgewerbe wurde erzielt: Eine Verkürzung der Arbeitszeit für 459 Personen in 304 Betrieben, eine Erhöhung des Lohnes für 1510 Personen in 239 Betrieben, Bezahlung der Ueberstunden resp. der Feiertags- und Nachtarbeit für 263 Personen in 43 Betrieben, Gewährung von freien Ruhetagen resp. Ferien für 235 Personen in 42 Betrieben.

In diversen Gewerben, in denen Handels- und Transportarbeiter beschäftigt werden, wurde erzielt: Eine Verkürzung der Arbeitszeit für 951 Personen in 89 Betrieben, eine Lohn-erhöhung für 2890 Personen in 142 Betrieben, Bezahlung der Ueberstunden bezw. Feiertags- und Nachtarbeit für 1655 Personen in 105 Betrieben, Gewährung von Prozentsen, Spezen und Lourengeldern für 187 Personen in 17 Betrieben, Gewährung von freien Ruhetagen resp. Ferien für 1404 Personen in 90 Betrieben.

Die Zahl der Gesamtkreislöhne blieb gegen das Vorjahr um nahezu die Hälfte zurück.

Die Kosten der Lohnbewegungen des Jahres 1908 bezifferten sich auf 54 741,78 M. gegen 222 713,22 M. im Jahre 1907. Zu der verausgabten Summe hatte die Hauptklasse 52 135,11 M., die Ortsklassen 2598,67 M. aufgebracht.

Insgesamt wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit für 3208 Personen durchgeführt und um 12 325½ Stunden pro Woche. Das ergibt für den einzelnen Beteiligten eine Verkürzung der Arbeitszeit um 3,8 Stunden pro Woche oder mehr als eine halbe Stunde pro Tag. Es gelang ferner durch Abwehrkämpfe für 197 Berufsangehörige eine Verlängerung der Arbeitszeit um 1116 Stunden pro Woche zurückzuweisen. Die durch die Bewegungen erzielten Lohn-erhöhungen betragen für 10 828 Personen insgesamt 23 894,62 M. pro Woche. Das ergibt pro Person und Woche 2,19 M. oder rund 114 M. pro Jahr. Der erzielte Jahresmehrverdienst beträgt insgesamt 1 242 520,24 M. pro Jahr. Dazu kommen die Errungenschaften in bezug auf Bezahlung der Ueberstunden, der Sonn- und Feiertags-, der Nachtarbeit, die nach ungefähre Schätzung eine Jahresmehr-einnahme von 100 600 M. im Minimum zu bedeuten haben. Ferner die erzielten zahllosen sonstigen Vorteile, deren Aufzählung uns der Raum hier nicht gestattet. Auch bezüglich der Auslegung des § 616 des B. G. B. sind 2830 Beteiligte günstigere feste

Normen geschaffen worden. Dazu kommt ferner, daß es gelungen ist, für 2643 Beteiligte Sommerurlaub bis zu zwei Wochen zu erringen. Die Organisation hat also auch in der Zeit der tiefsten wirtschaftlichen Depression ihre Hauptaufgaben, die auf Verbesserung der Lebenslage ihrer Angehörigen gerichtet ist, gut und voll erfüllt. Die meisten der erzielten Errungenschaften konnten außerdem durch tarifliche Verträge festgelegt werden. Es wurden deren im verfloffenen Jahre 158 abgeschlossen, die sich auf 8668 beteiligte Arbeitnehmer und 1087 Betriebe erstrecken.

Der Verband ist bekanntlich bestrebt, die Rechte seiner Mitglieder in jeder Hinsicht wahrzunehmen. So ist denn die Rechtsschutzrichtung im Jahre 1908 von den Mitgliedern in 931 Fällen im Anspruch genommen worden. Davon wurden 101 Sachen bis zur zweiten und 2 Fälle bis zur höchsten Instanz verfolgt. Die Gesamtkosten des Rechtsschutzes betragen die stattliche Summe von 28 629,84 M. Viele Kollegen sind durch die Hilfe des Verbandes zu ihrem Recht gekommen und recht vielen sind auch empfindliche Strafen erspart worden. Man wolle uns auch nur eine Berufsvereinigung, einen Klubverein nach, der auch nur annähernd Ähnliches für seine Mitglieder zu leisten vermag. Man wird eine solche Vereinigung außerhalb des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes vergeblich suchen.

Auf dem Gebiete des Unterstützungswesens hat unser Verband das Verprochene ebenfalls reichlich gehalten. Und gerade in der Zeit der allgemeinen Beschäftigungslosigkeit war er ein wirklich helfender Helfer in der Not. Was an Streitgeldern weniger ausgegeben wurde, hat die Arbeitslosenunterstützung reichlich mehr verbraucht. Die Streikunterstützung hat 1908 eine Verminderung um 69,9 pCt., die Gemäßregelunterstützung um 21,9 pCt. erfahren, dagegen ist die Arbeitslosenunterstützung um 154,9 Prozent hinausgeschossen. Für sie wurde insgesamt 1908 die Summe von 214 614,14 M. auszugeben, gegen nur 84 214,17 M. im Jahre 1907. Von der Gesamtsumme der gezahlten Arbeitslosenunterstützung fielen auf Groß-Berlin allein 104 041,76 M. Die Unterstützungssumme verteilte sich auf 245 Orte mit 11 194 Kollegen für 190 988 Unterstützungstage.

Auch die Krankenunterstützung hat erhebliche Mehraufwendungen beansprucht. Die Ausgabe hierfür betrug 206 414,74 M., das ist ein Mehr von 42 555,22 M. gegen das Vorjahr, oder eine Steigerung um 26,0 pCt.

Groß-Berlin ist an dieser Unterstützungs-summe mit 86 136,94 M. beteiligt. An der Krankenunterstützung waren insgesamt in 265 Orten 13 605 Verbandsmitglieder beteiligt und wurde für 236 220 Tage Unterstützung gezahlt.

Die Kosten der Weerdigungsbeihilfe stiegen im verfloffenen Jahre auf insgesamt 49 637,25 Mark oder um 8093,10 M. = 19,5 pCt.

Auch die Unterstützungen in besondern Notfällen brachten naturgemäß eine erhöhte Belastung für die Verbandskasse. Insgesamt erhielten in 189 Orten 1637 Mitglieder 23 610,44 M. Das bedeutet eine Erhöhung gegen das Vorjahr um 33,7 pCt. Das gleiche Resultat ist bezüglich der Reiseunterstützung festzustellen; diese stieg von 3699,75 Mark auf 5520,65 M., gleich 49,2 pCt. Die Gesamtsumme aller im Jahre 1908 gezahlten Unterstützungen betrug

679 993,48 M.

Durch die Unterstützungseinrichtungen des Verbandes haben viele Kollegen sich vor der äußersten Not retten, ihre Familienangehörigen vor dem bittersten Hunger bewahren können. Unser Verband hat sich hier als die Stütze der Armen und Gedrückten bewährt, auf die sie jederzeit bauen konnten. Dadurch hat unsere Organisation wieder einmal bewiesen, welche dringende Notwendigkeit der Zusammenschluß gerade für den einzelnen gänzlich hilflosen Arbeitsmann ist.

Kein Wunder, daß bei solchen Leistungen einer Organisation die Unternehmer und sonstigen Arbeiterfeinde ein unheimliches Grauen vor unserem Verbands empfinden. Sie wissen schon warum. Wäre der Verband nicht, dann hätten sie es jetzt in der Zeit der Krise gar so leicht gehabt die Löhne ihrer Arbeitsflaven auf das denkbar niedrigste Niveau herabzubringen. Unser Verband hat ihnen dabei aber einen großen Strich durch die Rechnung gemacht.

Nun, da die tiefste Stufe der wirtschaftlichen Depression überwunden zu sein scheint, muß die Arbeit der Kollegen für ihre Organisation wieder von neuem einsetzen, müssen Tag für Tag neue Kämpfer angeworben werden. Und in jeder Hinsicht weit besser wie 1908 muß das Jahr 1909 für den deutschen Transportarbeiterverband abschließen. Daß dies geschehe, ist unser aller höchste und vornehmste Arbeitspflicht.

**Was uns not tut.**

Arbeitslos! Welcher Kollege war das noch nicht, bei dem entrollt dieses Wort nicht ein Bild der Not und Entbehrung. Doch wie schnell und leicht vergeht man diese trübe Zeit, sobald man wieder länger Beschäftigung hat, denn sonst sollten wir erwarten, daß jeder Kollege derer gedenkt, welche zu dieser Zeit arbeitslos sind; dadurch nämlich gedenkt, daß er jede freier werdende Stelle sofort seinem Verbandsbureau meldet und dadurch mithilft, die Not zu lindern, wo es nötig ist. Wenn doch die Kollegen mehr Interesse unsern Arbeitsnachweisen entgegen brächten und aus dem Vorgehen der Unternehmer in dieser Frage doch endlich die hochwichtige Bedeutung des Arbeitsnachweises begreifen lernen wollten.

Daß im jetzigen Zeitalter des Kapitalismus, der Profitgier alle möglichen und unmöglichen Systeme von Arbeitsvermittlungen auftauchen, ist erklärlich, umso mehr ist aber Vorlicht geboten, Augen und Ohren zu öffnen, die Taschen aber zuzumachen, denn bei all diesen Arbeitsnachweisen, ob Unternehmer-, private oder unter der Maske der Parität, ist nicht eine sogenannte Fürsorge, sondern am Ende nur ein Schädigung der Arbeiterkraft zu erblicken. Dieses in kurzen Strichen zu beweisen, wollen wir in folgenden Zeilen versuchen. Die Tagespresse dürfte wohl das System der Vermittlung sein, welches, speziell in den Großstädten mit am verbreitetsten ist. Diese Art Vermittlung, welche zum guten Teil mit der Wahrheit auf gespanntem Fuße steht, speziell bei Lohnkämpfen der Arbeiterkraft, bedarf keiner weiteren Erläuterung, denn jeder von uns hat deren Wirkung selbst schon empfunden. Als treuer Partner kommt die private Stellenvermittlung. Diese leidet in der Herabwürdigung der Arbeiterklasse halb das Schicksal. Was ist es anders, wenn ein Skliper, Delzmit folgende Massenofferten im Menschenhandel macht: „Wir verpflichten uns, dem Hauer (folgt Name) für jeden aus dem Altdorfer Steinofenrevier stammenden Arbeiter, den er uns zuführt, 15 Mk. zu zahlen unter der Bedingung, daß der Transport der uns zuzuführenden Arbeiter wenigstens 50 Mann umfaßt, zu Grubenarbeit tauglich und nicht über 40 Jahr alt ist.“ Also Stroh für Stroh 15 Mk. Oder ein Mag Wasserl. Rosen: „15 Salzler, Männer und Mädchen, gute kräftige Leute, sofort abzugeben.“ offeriert, als handelte er mit Kartoffeln und grüner Ware, und diese Art Vermittlung ist noch möglich, nachdem man glaubt, mit der Gewerbeordnungs-Novelle vom 1900 die schlimmsten Willen beseitigt zu haben. Von dem Schröpfkopf, welcher beim Vermitteln einer Stellung angelegt wird, ganz zu schweigen.

Modern dagegen sind die Unternehmer-Arbeitsnachweise, denn nur durch die Bevorzugung der Lichtigsten kann eine Armee die Siegespalme erringen, schreibt die Arbeitgeber-Zeitung, erklärt diese Maßnahme als „patriotische Pflicht“, denn je mehr die deutsche Industrie sich entwickelt, ist es nötig, auswahl unter den Arbeitern zu halten, damit die Lichtigsten ihre minder tüchtigen Kollegen durch ihr Beispiel vorwärts ziehen.“ Wie fürsorglich doch die Unternehmer sind. Die Rehrseite der Medaille zeigt jedoch das richtige Gesicht. Sprach es doch Herr Wied aus: „Die Unternehmer-Nachweisstellen haben eben gegenüber allen anderen Arten allein die Macht, die Arbeiter zu dem zu zwingen, was sie im beiderseitigen Interesse für notwendig (?) erachten.“ — „Der Arbeitsnachweis ist für uns eine Waffe in der Hand, welcher kein Arbeiter widerstehen kann.“ Wenn ferner der Wortführer dieser Fäden, der Herr v. Reizwitz, schreibt: „Gründet Arbeitsnachweise, das ist das Mittel, um die Tyrannei der Gewerkschaften zu brechen“, so hat er nur ausgesprochen, was die Unternehmer bis zur letzten Zeit im vollen Umfange getan, und erinnern wir hierbei nur an die Beschlüsse und Aussprachen der Unternehmer-Kongresse von Wernigerode und München, so-

wie ihre Stellung zu dem Vorschlage des Regierungsrats Dominicus betr. Reichsgesetzentwurf über Arbeitsnachweis. Die passendste Inschrift über die Eingänge dieser Arbeitsnachweise der Unternehmer dürfte sein: „Die ihr „hier“ eintrietet, laßt alle Hoffnung draußen.“ Wäge jeder Kollege dieser Mahnung gedenken. Nun wird vielleicht mancher Kollege sagen, aber die Regierung! Ja, wenn nicht alle diese Maßnahmen von dieser Seite schon von vornherein zur Nichtigkeit verurteilt wären, denn regieren tut in Deutschland andere, nicht die, welche die Bezeichnung Regierung haben. Mit den Regierern selbst ist auch kein Staat zu machen, denn wenn ein Stadtrat in Eisenberg einen „Schreiber mit guter Handschrift, flottes Stenographieren, Maschinenschreiben mit 50 Mark monatliches Gehalt“ sucht, dann hat man nicht viel soziales Verständnis für die Forderungen der Arbeiterklasse zu erwarten. Alle Maßnahmen, die Arbeitsvermittlung zu fördern, ob durch Erlasse oder Gründung von kommunalen, paritätischen Arbeitsnachweisen haben bis jetzt immer nur negative Erfolge gezeitigt. Wie kann es auch anders sein. Wenn ein Herr Kirsdorf im August 1907 im Palasthotel in Berlin der Regierung ans Herz legt, daß sie in Zukunft in den kommenden Kämpfen gegen die Unsturzbewegung hilfreich zur Seite stehen soll, und der anwesende Regierungsvertreter Herr Delbrück erklärt: „Es ist uns eine Freude, Herrn Kirsdorf so reden zu hören“, so weiß die Arbeiterschaft, wo ihre Feinde stehen, kann aber nichts für sich von dieser Seite erwarten. Die neuesten Enthüllungen über die Maßnahmen gegen unsere Jugendorganisation sprechen eine deutliche Sprache, möge sie jeder Kollege verstehen.

Aus allen diesen Gesichtspunkten heraus wird es hoffentlich der Kollegenschaft klar werden, wie notwendig es ist, daß sie sich ihrer Pflicht, Stärkung unserer Arbeitsnachweise, bewußt wird. Wie oft wird gesagt: „na, du hast doch nichts“, und dabei hat der Kollege es vielleicht selbst nicht für nötig gehalten zu melden, als er seine Stellung kündigte und Gelegenheit war, arbeitslose Berufs-Kollegen hinzuschicken. Es ist Zeit, daß die Interessenlosigkeit in dieser Frage bald Platz macht der Erkenntnis, daß der Markt der Ware Arbeitskraft in die Hände seiner Besitzer, der Arbeiter, gehört, daß die Kollegenschaft sich einmal aufrafft, um alle die Schädlinge der Arbeitsvermittlung auszurotten und auf gesundem Boden ihre Arbeitsnachweise zu errichten, sich damit einen Regulator ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Selbst wenn die gesuchten Hoffnungen sich nicht gleich erfüllen, so sollte die Kollegenschaft wie die Ortsverbände keinen Versuch scheuen, um endlich das zu erhalten, was uns speziell in den jetzigen und noch mehr in den künftigen Zeiten — not tut.

**Der VII. Kongress der christlichen Gewerkschaften**

wurde am Sonntag, den 18. Juli durch eine im großen Gürzenichsaale in Köln abgehaltene öffentliche Versammlung eingeleitet, in der sich die christlichen Arbeiter im Glanze ihrer weltlichen und geistlichen Gönner zeigten. Von den Rednern, die an diesem Tage zum Wort kamen, vertrat Freiherr von Verleisch, der Mann von der Gesellschaft für soziale Reform, die weltliche, Wikar Braunz, Direktor des Volksvereins für das katholische Deutschland, die geistliche Seite. Außerdem redete Generalsekretär Stegerwald über das Thema: „Zehn Jahre christlicher Gewerkschaftstätigkeit.“ Dem der Kölner Kongress der Christlichen steht im Zeichen des Jubiläums insofern, als vor zehn Jahren in Mainz die Christlichen ihren ersten Kongress abhielten, von wo ab die christlichen Gewerkschaften, die sich bei dieser Gelegenheit ihr Programm und ihre Verfassung gaben, ihre eigentliche Geschichte begannen. Es versteht sich, daß die Neben dieses Abends auf einen hohen Ton gestimmt waren, insofern, als sie die Erfolge, die gute nationale Stimmung und die Selbstständigkeit der christlichen Gewerkschaften priesen, die angeblich weder nach der politischen noch nach der kirchlichen Seite hin irgendwelche Gebundenheit zeigen, sondern einzig und allein auf das wirtschaftliche Wohl der Arbeiter bedacht sind — eine Behauptung, die dadurch, daß sie von den drei Rednern zugleich aufgestellt wurde, nicht an Ueberzeugungskraft gewinnt.

Der erste Verhandlungstag am Montag wurde eröffnet durch die Begrüßung und die Ansprachen der Gäste: Geheimrat Wiedfeldt als Vertreter des Reichsamts des Innern Geheimrat Trilling als Vertreter der Kölner Regierung, Beigeordneter Fuchs als Vertreter der Stadt Köln, Harrer Weber als Vertreter der evangelischen Arbeitervereine, Wikar Braunz als Vertreter des katholischen Volksvereins usw. Sodann gab Generalsekretär Stegerwald den Bericht des Gesamterbandsausschusses über das abgelaufene Geschäftsjahr, das den christlichen Gewerkschaften einen Mitgliederzuwachs von 24 000 gebracht hat, so daß sie wieder auf dem Stand von 1906 angelangt sind. Dennoch sind die Christlichen froh, daß sie nach 15-jährigen Bestehen 260 000 Mitglieder erreicht haben, wobei sie wohlweislich verschweigen, um wieviel ihre geringsten „Erfolge“ hinter ihren anfänglichen Erwartungen und vor allen Dingen hinter den großartigen Erfolgen unserer Organisationen zurückgeblieben sind. Bemerkenswert war der Bericht Stegerwalds durch die ihm angefügte Betrachtung über das Verhältnis der christlichen Arbeiterabgeordneten zu den christlichen Gewerkschaften. Er wies zunächst zurück, daß die christlichen Arbeiterabgeordneten Vertreter der christlichen Gewerkschaften seien; sie seien von bürgerlichen Parteien in den Reichstag gewählt worden. Im Parlament ergäben sich für sie infolge der Verhältnisse in den ein-

zelnen Fraktionen und der jeweiligen Mehrheitsbildung oft kritische Situationen, denen sie Rechnung tragen mußten, so daß oft das Arbeiterinteresse mit der Rücksicht auf höhere Interessen in Konflikt gerate. Da muß man den Arbeiterabgeordneten Vertrauen entgegenbringen, daß sie das Richtige zu treffen wüßten. Es gehe nicht an, daß die Arbeiterabgeordnete in den einzelnen Fraktionen in jeder beliebigen Frage ihre eigenen Wege gingen, unter solchen Bedingungen würde keine Partei Arbeitervertreter in ihre Fraktionen aufnehmen, wohl aber müsse ihnen zugestanden werden, daß sie in Fragen, wo das Arbeiterinteresse besonders in Betracht komme, auch abweichend von der Fraktion stimmten. Und wenn sie einmal anders stimmten, als es dem Masseneinstimmen der Arbeiter im Lande zusage, so braucht man nicht gleich den Vorwurf zu erheben, daß sie ihre proletarische Vergangenheit aufgegeben hätten. Wir stimmen — so schloß der Redner — in manchen Dingen und Sandlungen mit den bürgerlichen Parteien nicht überein, aber deshalb geben wir unsere Ideale und unsere Stellung zur Sozialdemokratie nicht auf, andererseits würden wir uns das Todesurteil sprechen.

Darin war die Bitte um Pardon für die Herren Giesbertz, Schiffer und Genossen wegen ihrer Haltung in der Reichsfinanzreform ausgesprochen, und Herr Stegerwald unterstrich diese Bitte noch durch die Mahnung, daß der Kongress sich nicht mit Auseinandersetzungen grundsätzlicher Art, sondern mit praktischen Fragen beschäftigen solle — ein Wink, den die gut erzogenen Christlichen willig befolgten. Kein Wort fiel in der Diskussion über das Zentrum, den Teilhaber des räuberischen Schnapsblocks, kein Wort über die merkwürdige Sorte von Arbeitervertretern, die mitgewirkt haben an der ungeheuren Belastung ihrer Klasse durch einige hundert Millionen neuer Konsumsteuern.

Den Hauptteil des Kongresses nahmen drei Vorträge sozialpolitischer Art ein, von denen derjenige über die Reichsversicherungsordnung aktuelle und praktische Bedeutung hatte, während die beiden anderen in der Hauptsache geschichtlich referierend waren und sachlich kaum etwas bemerkenswertes boten. Vogelgang (Essen) redete über den Arbeiterschutz vom grundsätzlichen, geschichtlichen und praktischen Standpunkte aus. Als nächste Forderungen gab er an: freilichliches Koalitionsrecht, Reichsfähigkeit der Berufsvereine, Befreiung der Ausnahmebestimmungen aus dem Reichsvereinsgesetz, gesetzliche Regelung der Wohlfahrtspflege, Heranziehung der Arbeiter zur Gewerbeaufsicht, direkte Beteiligung der Arbeiter bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Schaffung eines Reichswohnungsgesetzes. Generalsekretär Krug (Stuttgart), der über die Entwicklung und den Stand der Arbeiterversicherung redete, begegnete mit seinen Selbstverständlichkeiten und Nebenbitten, die er im schmelzlichen Ton vorbrag, allgemeine Unausmerksamkeit. Über die Reichsversicherungsordnung redete Abg. Becker (Münster). Er verhielt sich, so müßig er auch in der Form blieb, den Plänen der Regierung recht kritisch gegenüber, in den allgemeinen Tendenzen der Reichsversicherungsordnung erblickte er einen Fortschritt, aber an zahlreichen Einzelheiten hatte er viel auszusetzen. Entschieden gingen die Diskussionsredner mit dem Werk ins Gericht. Ein Gemisch von Fortschritt und Reaktion nannte ein Redner die Reichsversicherungsordnung; ein anderer verglich sie mit der Echtenacher Springprozession: drei Schritte voran, zwei zurück! Namentlich fand die von der Regierung beschlossene Halbierung der Beiträge und Rechte in den Krankenkassen entschiedene Verurteilung. Volksbureauvorsteher Dick (M.-Glabach) meinte, daß die Regierung bezüglich der Krankenkassen nach dem Satz verfahren: Teile und herrsche! Das Selbstverwaltungsrecht solle zwischen Arbeitern und Unternehmern geteilt werden, um der Regierung der Herrschaft zu sichern. Die Arbeiter haben zur Krankenversicherung nur Vertrauen, solange die Verwaltung der Kassen in ihren Händen liegt. Wenn die Regierung sagt, ohne die Zuteilung in den Krankenkassen ist die Neuordnung des Versicherungswesens unannehmbar, dann fällt eben das ganze Werk. In dieser Frage gibt es für uns keinen Kompromiß!

Geheimrat Düttmann (Oldenburg), Vorsitzender der Landesversicherungsanstalt Oldenburg und Herausgeber des „Regierungsboten“, erhielt als sachverständiger Gast das Wort. Er ersucht den Kongress, nicht Prinzipien zu reiten und nicht die Vertreter der christlichen Arbeiter in den Reichstag mit gebundenem Mandat auszustatten, auch nicht bezüglich der Verwaltung der Krankenkassen. Wo Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen raten und taten, müsse das auch mit gleichen Rechten geschehen. Es muß anerkannt werden, daß der oldenburgische Versuchtsratrat bei den Vertretern der christlichen Arbeiter kein Glück hatte. Namentlich wandten sich Imbusch (Essen) und Weber (Duisburg) in der entschiedensten Weise gegen Düttmann. Dieber gar kein Gesetz als ein schlechtes Gesetz, eher mag die ganze Reichsversicherungsordnung fallen, ehe wir an unserem Selbstverwaltungsrecht in den Krankenkassen rütteln lassen — verkündeten beide unter allgemeinem und lebhaftem Beifall der Versammlung. Andere Redner wandten sich gegen das Bestehenbleiben der Betriebskrankenkassen, gegen die Einführung der Landkrankenkassen; die Vertreter der Seimarbeiterinnen, der Krankenpfleger usw. forderten größere Berücksichtigung ihrer Berufe durch die Reichsversicherungsordnung. Die einzelnen Wünsche werden in die vom Referenten aufgestellten Leitätze hineingearbeitet, die dann in dieser Fassung einstimmige Annahme fanden.

Den letzten Punkt der Tagesordnung bildeten die Referate von Behrens und Giesbertz über das Verhältnis der christlichen Gewerkschaften zu der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Was die beiden Redner sagten, ging nicht hinaus über den Rahmen dessen, was über diese Dinge hinlänglich bekannt ist. Einiges aus den Ausführungen von Giesbertz

mag wiedergegeben sein: „Auf der Züricher internationalen Konferenz christlicher Gewerkschaftsführer ist nichts anderes gesagt worden, als daß den katholischen Arbeitern die selbständige wirtschaftliche Betätigung, die anderen Ständen zugestanden wird, ebenfalls zugestehen ist. Nichts weiter ist gesagt worden und nichts kann uns ferner liegen, als gegen die kirchlichen Autoritäten, deren Aufgabe wir zu würdigen wissen, aggressiv vorzugehen. Die christlichen Gewerkschaften sind keine religiösen Vereine, sondern wirtschaftliche Organisationen, die ihre Aufgaben nach christlichen Grundsätzen erfüllen. Wir sind noch nicht so stark, daß wir unter allen Umständen davon sicher sind, von der Sozialdemokratie erdrückt zu werden. Wer unsere christliche Arbeiterbewegung zu schwächen versucht, arbeitet der Sozialdemokratie in die Hände. Hinter der katholischen Facharbeiterbewegung stecken nicht nur anti-gewerkschaftliche, sondern auch politische, gegen eine gewisse Partei gerichtete Bestrebungen. In dieser Beziehung werden unsere katholischen Kollegen in der Zukunft noch manche Schwierigkeiten zu überwinden haben.“

Die Aussprache, an der sich auch Pfarrer W e b e r (M.-Gladbach) beteiligte, beschäftigte sich mit der Stellung der evangelischen Arbeitervereine zur christlichen Gewerkschaftsbewegung, auch die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften wurden in die Debatte gezogen, ohne daß es zu einer Klärung über das Verhältnis der mancherlei in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung vereinigten Organisationen kam. Am Mittwochabend wurde der Kongress nach dreitägiger Dauer, wovon der Dienstag nachmittags einer Rheinreise gewidmet war, geschlossen. Die dem Kongress vorliegenden Anträge wurden sehr oberflächlich behandelt und die meisten unter stiller Heiterkeit der Delegierten dem Ausschuss „zur Erivägung“ überwiesen. Sehen wir von dem Referat und der Aussprache über die Reichsversicherungsordnung ab, so verließ der siebente Kongress der christlichen Gewerkschaften bedeutungslos. Hier und da wurden in der Jubiläumssitzung hohe Töne angeschlagen; aber wie wenig Grund zum Triumphieren vorliegt, zeigen die Worte des bedächtigeren Herrn Giesberts, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung noch lange nicht der Gefahr entrückt sei, von der Sozialdemokratie erdrückt zu werden. Wir haben die Hoffnung, daß diese „Gefahr“ umso näher rückt, als die Herren Giesberts, Schiffer und Genossen sich bemühen, den christlichen Arbeitern nachzuweisen, wie unrichtig und unsinnig es ist, einer Organisation anzugehören, deren Führer auf den Rücken der Arbeiter ins Parlament gelangen, um dort als Handlanger arbeiterteindlicher Parteien die Interessen der Arbeiter zu vertreten.

**Der Streik der Holzplaharbeiter in Tilsit.**

Seit dem 7. Juli d. Js. stehen die Arbeiter der Holzpläge in Tilsit und Splittter im Streik. 80 Pfg. Stundenlohn ist die Forderung der Kollegen, um diesen Lohn zu erreichen, mußten sie die Arbeit niederlegen.

Bereits im Jahre 1907 haben die Arbeiter diese Forderung gestellt, damals wurde durch Verhandlung vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts für die 7 Sommermonate April bis Oktober ein Stundenlohn von 80 Pfg. und für die 5 Wintermonate November bis März ein solcher von 25 Pfg. vereinbart. Als nun im Jahre 1908 die große Arbeitslosigkeit hier in Tilsit einsetzte, wurden diese Vereinbarungen von den Arbeitgebern nicht mehr gehalten, seit dem 1. November 1908 wurde in den Wintermonaten ein Stundenlohn von 22 Pfg. gezahlt.

Die Arbeiter unterbreiteten den Arbeitgebern am 80. Juni nun folgende Forderungen: Festlegung einer zehnstündigen Arbeitszeit, Bewilligung eines Stundenlohnes von 80 Pfg. und einen Zuschlag für Ueberstunden und Nacharbeit. Bis zum 8. Juli wurde Antwort erbeten, ob und wann die Arbeitgeber gewillt seien, mit einer Kommission der Arbeiter zu verhandeln. Eine Antwort hierauf wurde jedoch nicht gegeben. Am Nachmittage des 8. Juli wurde auf den Plätzen dagegen das folgende Zirkular verbreitet:

Tilsit, den 80. Juni 1909.

Der Arbeitgeber-Verband für Holzhandel und Holzindustrie

hat beschlossen, Verhandlungen mit Herrn J. Hahlbeck, dem Vertreter des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes in Königsberg, abzulehnen.

Die Arbeiter eines jeden Sägewerks werden aber er sucht, je aus ihrer Mitte Kommissionen zu wählen, die den Arbeitgebern die Wünsche der Arbeitnehmer vortragen können. Der Arbeitgeber-Verband wird über diese Wünsche Beschluß fassen und in Verhandlung mit den Kommissionen treten.

Verhandlungen werden jedoch nur geführt werden so lange auf jedem der zum Verbands gehörenden Sägewerke die Arbeit betriebsmäßig weitergeführt wird.

Der Arbeitgeber-Verband für Holzhandel und Holzindustrie, G. B., zu Tilsit.

Die Arbeiter beauftragten darauf in der Versammlung am 4. Juli die Kommission, am 5. Juli dem Wunsche der Arbeitgeber nachzukommen. Sie sind am 5. und 6. Juli wiederholt bei den einzelnen Arbeitgebern vorstellig geworden, um eine Einigung zu erzielen, erhielten jedoch überall zur Antwort, daß die Arbeitgeber gewillt seien, in den Sommermonaten 80 Pfg. Stundenlohn zu zahlen, und in den Wintermonaten denjenigen Arbeitern, welche den Sommer hindurch auf den Plätzen gearbeitet haben, einen Stundenlohn von 25 Pfg. zu geben.

Am 6. Juli abends wurde von den Arbeitgebern das nachfolgende Zirkular verbreitet:

Tilsit, den 5. Juli 1909.

Der Arbeitgeber-Verband für Holzhandel und Holzindustrie

hat Folgendes beschlossen:

Die von den einzelnen Kommissionen angeregten Verhandlungen mit einer General-Kommission der Arbeit-

nehmer wird gemäß dem in letzter Sitzung gefaßten Beschluß abgelehnt.

Die von den Arbeitnehmern gestellten Forderungen können nicht als berechtigt anerkannt werden, jedoch beschließt der Arbeitgeber-Verband, in den Wintermonaten vorzugsweise diejenigen Leute zu beschäftigen, die in den Sommermonaten auf einem dem Arbeitgeber-Verbande angehörigen Holzplage gearbeitet haben und diesen in den Wintermonaten einen Mindestlohn von 25 Pfg. pro Stunde zu bewilligen.

Der Arbeitgeber-Verband für Holzhandel und Holzindustrie.

Nun war die Geduld der Kollegen zu Ende, einstimmig faßten sie am 6. Juli in der Versammlung den Beschluß, die Arbeit niederzulegen und kein Arbeiter ging am 7. Juli an seine Arbeitsstelle, mit Ausnahme der Schneidemüller, Maschinisten und Heizer. Diese sind zum Teil im Hirsch-Duncker'schen Gewerbeverein Vorstandsmitglieder, sie arbeiten als Streikbrecher.

Die Arbeitgeber machen jetzt die größten Anstrengungen, Arbeitswillige nach hier zu ziehen, Stundenlöhne von 45 und 50 Pfg. werden geboten. Obwohl nun täglich Agenten unterwegs sind, haben sich nur wenige gefunden, die Arbeitswilligendienste verrichten wollen. In einigen Orten wird diese Werbearbeit durch die Gemeindevorsteher betrieben, indem von diesen Zirkulare ausgegeben werden, daß in Tilsit Arbeiter gesucht werden.

In den Reihen der Kollegen ist noch keine Lücke zu verzeichnen, so geschlossen wie der Kampf aufgenommen ist, stehen sie heute noch und an dieser Einigkeit wird auch der Hochmut des Arbeitgeberverbandes für Holzindustrie und Holzhandel zerschellen.

**Gaukonferenz für den Gau 15.**

Im Frankfurter Gewerkschaftshause tagte am Sonntag, den 18. Juli, eine Konferenz von Vertretern der 31 Verwaltungskstellen des Gau 15.

Um 10 Uhr eröffnete Kollege Dreher, Berlin, die Konferenz mit einer Begrüßungsansprache. Im Namen der Frankfurter Kollegen begrüßt Kollege Ziegler die Delegierten.

In das Bureau werden gewählt: Hopf (Frankfurt a. M.) und Schubach (Heidelberg) als Vorsitzende, Singer (Mannheim) und Ständer (Frankfurt a. M.) als Schriftführer.

Anwesend waren 32 Delegierte, der Gauvorstand, sowie die Kollegen Dimpel und Dreher als Vertreter des Zentralvorstandes. Nicht vertreten waren die Orte Wschaffenburg, Friedberg und Weg. Da die Stelle des Gauleiters seit dem Weggang des Kollegen Habicht nicht fest besetzt ist und nur provisorisch während dieser Zeit vom Kollegen Lehmann vertreten wird, ist der Kollege Hopf vom Vorstand beauftragt worden, Bericht zu erstatten über die Entwicklung der Organisation im Bezirk. Kollege Hopf gibt in gedrängter Kürze einen Überblick von den letzten Jahren. Die Zahl der verkauften Beiträge und die Zahl der Mitglieder sind seit 1904 fortgesetzt gestiegen. Am Schlusse des Jahres 1908 waren 4208 Mitglieder vorhanden. Während 1907 insgesamt 150,912 Beiträge geleistet wurden, betrug die Zahl im Jahre 1908 168,722. Als Kampfsjahr kommt namentlich 1907 in Betracht. 73 Lohnbewegungen wurden in diesem Zeitraum geführt, wovon 84 ohne Arbeits Einstellung beendet werden konnten. 68 gingen mit Erfolg für die Beteiligten aus. Veranlaßt durch diese Kämpfe trat die Unternehmerorganisation im Transportgewerbe ins Leben, welche gerade im Gau 15 eifrig bemüht ist, der Entwicklung des Transportarbeiterverbandes Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Nachdem Hopf noch kurz einige Erläuterungen in der Angelegenheit Habicht gegeben, ermahnt er zum Schluß zu einigem Zusammenarbeiten, damit auch in Zukunft weitere Fortschritte gemacht werden.

An den Bericht schloß sich eine sehr reichhaltige Diskussion, in der die Kollegen die Verhältnisse in ihren Orten schilderten. Da sich die Debatte auch zum großen Teil mit dem Wechsel des Gauleiters beschäftigte, waren die Kollegen Dimpel und Dreher vom Zentralvorstand veranlaßt, sich ebenfalls an der Aussprache zu beteiligen und auf die Angelegenheit Habicht einzugehen. Am Schluß der Erörterungen gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Die am 18. Juli 1909 im Gewerkschaftshaus zu Frankfurt a. M. tagende Konferenz des Gau 15 nimmt die Entscheidung des Münchener Verbandstages in Sachen Habicht zur Kenntnis und erklärt, daß auf Grund des vorliegenden Materials dem Verbandstagsbeschluß Rechnung zu tragen und die Sache damit endgültig als erledigt zu betrachten ist.“

Nach der Mittagspause hielt Kollege Lehmann ein Referat über „Die zukünftige Taktik“. Redner legte bei seinen Ausführungen den Spruch zugrunde: „Bei allem, was du tust, bedenke, was kann daraus werden.“ In 1 1/2 stündigem Vortrage schilderte Lehmann die kapitalistische Entwicklung im letzten Jahrhundert. Auch im Handels- und Transportgewerbe hat sich diese Entwicklung vollzogen. Der Arbeiter in diesem Beruf ist im Gegensatz zu früher, als noch ein harmonisches Verhältnis bestand, zu einem Werkzeug herabgesunken, das vom Unternehmer gebraucht wird, solange der Arbeiter im Vollbesitz seiner Kräfte ist. Wenn er gedreht oder alt geworden, wird er auf die Straße gesetzt. Das Kapital kennt keine Rücksicht. In den modernen Organisationen liegt das Mittel zur Befreiung aus diesen Verhältnissen und namentlich die Arbeiter im Transportgewerbe haben alle Ursache, sich dieses Mittel anzueignen. Redner beipflichtet die christlichen und gelben Verbände, die in einigen Orten störend auf die Entwicklung der freien Gewerkschaftsbewegung einwirken. In anderen Orten wieder ist es ein rücksichtsloses Unternehmertum, welches die Arbeiter auf einer so niedrigen Lebensstufe hält, daß diesen wenig Zeit zum Denken übrig bleibt und sie schwer für die Organisation zu gewinnen sind. Hier muß mit Ausdauer schriftlich und mündlich die Agitation betrieben werden. In seinen weiteren Ausführungen gibt Redner eine Reihe von Fingerzeigen für die einzuschlagende

Taktik in der ferneren Zeit. Den mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag schließt Redner mit einer anfeuernden Aufforderung zur weiteren Aufklärungsarbeit, damit eine geschulte Truppe für die kommenden Kämpfe herangebildet wird.

In der sich an diesen Vortrag anschließenden Diskussion schildert zunächst ein Vertreter der Eisenbahner die Entwicklung der Bewegung dieser Kategorie von Berufsangehörigen. Redner gibt in längeren Ausführungen ein Bild, wie außerordentlich schwer die Agitation unter den Eisenbahnern zu betreiben ist. Wenn auch heute noch der größte Teil dieser Staatsangestellten von einem gewissen Klafendünkel befangen ist, so wird doch die Entwicklung der Verhältnisse dazu beitragen, daß der Gedanke der freien Gewerkschaftsbewegung auch hier immer mehr Eingang findet. Daß in diesen Reihen der Organisationsgedanke bereits vorhanden ist, beweisen uns die zur Zeit bestehenden 46 Vereine und Verbände. Circa 400,000 Beschäftigte sind im Beruf vorhanden. Hier muß die schriftliche Agitation mehr einsetzen. Notwendig ist es, daß alle Delegierten sich mit der Verbreitung des „Werkruf“ in Zukunft mehr befassen.

Ständer (Frankfurt) geht auf die christliche Bewegung ein, die in einigen kleineren Orten des Bezirks in die Erscheinung tritt. Überall da, wo bereits ein Stamm der Kollegen sich für unsere Organisation zusammengetan hat, sind die Bemühungen der Christlichen jedoch vergebens.

An der weiteren Debatte beteiligen sich noch die Kollegen Grieb (Mainz), Geil (Mannheim), Fengel (Saarbrücken), Richter (Frankfurt), Dietenhöfer (Kaiserlautern), Ziegler (Frankfurt), Lumb (Darmstadt), Singer (Mannheim), Lembach (Neustadt), Met (Weissbaden) und Dimpel (Berlin).

In seinem Schlußwort geht Lehmann noch auf das in der Debatte vorgebrachte ein und fordert zur besonderen Mitarbeit bei der Agitation unter den Eisenbahnern und Straßenbahnangestellten auf.

Hierauf wird zur Beratung der Anträge übergegangen. Anträge liegen vor aus Frankfurt a. M., Heidelberg, Mannheim, Neunkirchen, Saarbrücken, Weissbaden und Zweibrücken. Die meisten der Anträge wünschen die Anstellung einer Hilfskraft für den Gau. Nach längerer Aussprache und nachdem auch die Vertreter des Zentralvorstandes sich nicht ablehnend äußerten, wird einstimmig beschlossen, dem Vorstand die Anstellung eines Kollegen für das Saarrevier zu empfehlen.

Ein Antrag Frankfurt a. M. wünscht die Errichtung eines Zentral-Arbeitsnachweises für sämtliche Orte im Gau. Die Leitung dieses Nachweises soll in Frankfurt bleiben. Zur Führung desselben soll ein Kollege angestellt und die hierdurch entstehenden Kosten sollen gemeinsam von allen Verwaltungskstellen des Gau 15 getragen werden.

Der Antrag wird von Richter und Ziegler-Frankfurt befürwortet.

Dreher-Berlin hält die Annahme des Antrages in der vorliegenden Form für nicht gut möglich. Eine solche Einrichtung kann nur wirksam funktionieren, wenn hierfür eine ausgesuchte Kraft als Leiter des Nachweises gewonnen und außerordentliche Mittel dafür aufgebracht werden können. Redner empfiehlt die Einrichtung von Arbeitsnachweisen in zusammenhängenden Wirtschaftsgebieten und rät, diese Angelegenheit mit den Frankfurter naheliegenden Verwaltungskstellen weiter zu verfolgen.

Nunmehr geht die Konferenz zur Neuwahl des Gauleiters über. Kollege Hopf schildert kurz die Verhältnisse des bisherigen Provisoriums. Die nächstfolgenden Redner sprechen sich ohne Ausnahme für die Anstellung des Kollegen Lehmann aus und wurde dieser auch einstimmig als Gauleiter vorgeschlagen. Um 1/2 Uhr schloß Kollege Hopf die in vollster Harmonie mit Ruhe und Sachlichkeit geführten Verhandlungen mit der Aufforderung zu weiterer fleißiger Agitation und mit einem Hoch auf den Transportarbeiterverband.

**Die Praktiken des Brauereiarbeiter-Verbandes während der Lohnbewegung der Brauereiarbeiter in Mannheim-Ludwigshafen.**

Im Jahre 1905 wurde von dem Brauereiarbeiter-Verband ein Tarif abgeschlossen, welcher insbesondere für die Kuischer sehr schlecht ausgefallen ist, so daß niemand sehnsüchtiger das Ende dieses Tarifes herbeigewünscht hat, als die Kuischer. Sie hatten nicht allein 4 Mk. pro Woche an Lohn weniger wie die Brauer, sondern auch in Punkt Arbeitszeit herrschte ein ganz rabiatos Ausbeutungssystem, weil ja in dem Tarife auch nicht ein Funten von dem enthalten war, was den Unternehmer zum Schutze des Kuischers in der Ausbeutung gehenmt hätte. Ende Dezember 1908 fand nun eine allgemeine Brauereiarbeiterversammlung statt, die einstimmig die Kündigung des bestehenden Tarifes beschloß. Man einigte sich in dieser Versammlung auch insofern, daß alle Organisationen berücksichtigt werden sollen, so daß auch bei der Wahl der Tarifberatungskommission alle in Betracht kommenden Organisationen Vertreter enthielten. Die Brauereiarbeiter hatten aber schon vorher die Kommissionmitglieder bestimmt und so geschah es, daß sie einen Kollegen von unserer Organisation wählten, der überhaupt nicht in der Versammlung war. Da wir jedoch bestimmt annahmen, daß unser Kollege diesen Posten übernimmt, so erhoben wir dagegen keinen Einspruch, sondern unterbreiteten in der nächsten Sektionsversammlung dem Kollegen die Angelegenheit, worauf dieser mit der Motivierung, daß er stets über Land fahre, ablehnte. Wir wählten alsdann einen andern Kollegen und warteten die Dinge ab. Wir hatten uns in der Dezemberversammlung ausbedungen, daß wir frühzeitig benachrichtigt werden, wenn eine Sitzung stattfindet, was uns ja auch von der Leitung der Brauer zugesagt wurde. Nun kam der erste Wortbruch. Am 15. März war die erste Kommissionsitzung,

wo aber die Brauer sich statt an unserer Geschäftsstelle an unsern 2. Bezirksleiter in Ludwigshafen wandten. Dieser war selbstverständlich in dem Glauben, daß auch der Geschäftsführer von dieser Sitzung unterrichtet worden sei, mußte aber die Erfahrung machen, daß dies nicht der Fall war. Man hat das Bureau unserer Organisation angeblich ignoriert, weil wir in Mannheim in den Braueren keine Mitglieder hätten, und ja habe man sich an den Vorsitzenden in Ludwigshafen gewandt.

Seit Juli 1906 sind die Verwaltungen Mannheim-Ludwigshafen verschmolzen. Das Bureau befindet sich in Mannheim-F. 4.9, wohin alle Briefe zu richten sind und die Geschäfte der Organisation ihre Erledigung finden. Dies wußte niemand besser als die Leitung der Brauer, die ja stets jeden Schritt, den wir machen, mit Argusaugen überwacht. Man wollte aber, weil man es noch nie endlich mit uns gemeint hat, uns übergehen. Wir beschwerten uns bei der Leitung der Brauer, haben aber bis heute noch die Antwort zu erwarten. Die zweite Sitzung fand statt, aber auch ohne uns zu benachrichtigen. Während dieser Zeit setzte im Bürgerbräu bei unsern Kollegen die schärfste Agitation ein. Man beschimpfte nicht allein die Organisation in ihrer Einrichtung, sondern auch die örtliche Leitung suchte man mit Schmutz zu bewerfen. Die Kläffer begingen jedoch die Unvorsichtigkeit, zu verraten, daß man bereits die Pläne geschmiebet hatte, Kollegen Geil weder zu den Verhandlungen noch zu Beratungen zuzulassen. Wir nagelten dann die noblen Herren beim Gewerkschaftstaktell in Ludwigshafen fest, wo sie alles ableugneten. Daß wir uns nicht täuschten, bewies die weitere Taktik der Brauer. Die allgemeine Brauerarbeiterversammlung am 15. April zeigte uns das wahre Gesicht dieser Gewerkschaftler. Hier besaß der Vorsitzende Gräble aus Mannheim die Stirne, schon bei Eingang der Versammlung den Anwesenden mitzuteilen, daß der Transportarbeiterverband seine Vertreter zurückgezogen hätte. Wir teilten den wahren Sachverhalt mit und bemerkten ausdrücklich, daß wir, trotzdem uns von Seiten der Brauer Unrecht zugesagt wurde, im Interesse der Bewegung heute noch bereit sind, einheitlich Schulter an Schulter mit den Brauern vorzugehen. Wir verlangten aber strikte Antwort hier in dieser Versammlung dahingehend, daß man uns als gleichberechtigten Faktor anerkennt, daß wir mit in die Lohnkommission gewählt werden und daß wir auch als Mitkontrahent den Tarif unterzeichnen. Auf wiederholtes Anrempeln rückte dann auch der Bezirksleiter der Brauer mit der Antwort heraus, die wie folgt lautete: „Wir sind allein in der Lage, die Interessen der Brauerarbeiter zu vertreten. Wir sehen nicht ein, warum wir auch den Transportarbeiterverband noch hinzuziehen sollen.“ Man hat uns also in dieser Versammlung glatt den Stuhl vor die Türe gesetzt.

Wir haben dann in der Nummer 18 des „Conrter“ in sachlicher Weise den Sachverhalt mitgeteilt, wie er sich bis zu dieser Versammlung abgespielt hat und bemerkt, daß wir dadurch gezwungen sind, einen eigenen Tarifentwurf einzureichen. Darauf hat der Gauleiter eine Anpassung in der Nr. 20 der „Brauerzeitung“ gebracht, die wir aus Keilichkeitsgründen nicht näher behandeln wollen. Wenn ein Arbeiter seinen Nebenkollegen bei seinem Arbeitgeber zu verleumden sucht, so nennen ihn seine Nebenkollegen einen Denunzianten. Wenn ein Gewerkschaftsbeamter den andern Gewerkschaftsbeamten vor der Arbeiterschaft, d. h. seinem Arbeitgeber mit Schmutz bewirft, so ist das dasselbe. Alle diejenigen Gewerkschaftsleiter, welche diesen Artikel zu Gesicht bekamen, haben den Schreiber so eingeschätzt, wie er es verdient hat. Der Artikel hat seinen Zweck verfehlt. Die Bierkutscher kennen ihre Wappeneinnehmer besser, als wie Herr Hazenetter geglaubt hat. Wir reichten nun gemeinschaftlich mit den Maschinisten und Heizer, denen es genau so ging wie uns, die Forderungen ein. Dies glaubten nun die Brauer dazu benutzen zu können, uns den Vorwurf der Zersplitterung zu machen. Es war den Herren gar kein Mittel schofel genug, um ihren Zweck zu erreichen. So auch, als die Unternehmer sich bereit erklärten, mit uns zu verhandeln.

Am 29. Mai fragte der Vertreter der Braueren Herr Dr. Rosenfeld bei uns an, ob der Tarifvertrag, welchen wir eingereicht haben, ausschließlich für die Mitglieder unseres Verbandes in Betracht käme, oder ob wir nicht etwa den Tarif der Brauerarbeiter, welcher alle Gruppen umfaßt, als Grundlage gelten lassen wollten. Wir teilten Herrn Dr. Rosenfeld mit, daß es uns selbstverständlich daran gelegen ist, wenn ein Tarif auf einheitlicher Grundlage zustande kommt und daß uns als Grundlage auch der Tarif der Brauerarbeiter genügt. Am 15. Juli erhielten wir dann von Herrn Dr. Rosenfeld ein Schreiben, worin er mittelst, daß bereits Verhandlungen mit Herrn Hazenetter stattgefunden haben; er stände jedoch derzeit zu einer Aussprache zur Verfügung. Wir ersuchten Herrn Dr. Rosenfeld nochmals, er möge veranlassen, daß die Verhandlungen nicht getrennt, sondern gemeinschaftlich geführt werden.

Daraufhin erhielten wir am 19. Juni wieder ein Schreiben, in welchem Herr Dr. Rosenfeld bedauert, daß eine gemeinschaftliche Verhandlung nicht stattfinden kann, und er uns ersucht, am Mittwoch bei ihm vorstellig zu werden. Am 12. Juli wurde unser Kollege Geil vorstellig, um den Grund zu erfahren, warum denn gemeinschaftliche Verhandlungen nicht stattfinden könnten. Da hat Herr Dr. Rosenfeld ein Schreiben von Herrn Hazenetter verlesen, worin uns derselbe beschuldigt, daß wir gegen die Beschlüsse des Hamburger Gewerkschaftskongresses verstoßen hätten, und aus diesem Grunde müßten es die Brauer ablehnen, gemeinschaftlich mit uns zu verhandeln. Größer konnte wahrhaftig der Schwindel nicht getrieben werden. Der-

selbe Herr Hazenetter, der uns den Stuhl vor die Türe setzte, erlaubt sich sogar, den Unternehmer noch zu beschwindeln, nur um sein gestecktes Ziel zu erreichen.

In der Versammlung am 2. Juli hat uns der Vorsitzende Mithbauer das bestätigt, was Herr Dr. Rosenfeld uns mitteilte, nämlich, daß Herr Dr. Rosenfeld wiederholt sie ersucht hätte, sie mögen sich doch entschließen, gemeinschaftlich mit uns zu verhandeln, sie aber hätten es stets strikte abgelehnt. Damit haben die Herren den Rekord der Unsolidarität zweifellos geschlagen.

Das Schauspiel zeitigte, daß einen Tag die Brauer, den andern Tag die Transportarbeiter und Maschinisten und Heizer mit Herrn Dr. Rosenfeld verhandelten. So kam der Termin des Abschlusses herbei. Die Versammlung am 2. Juli nahm die von den Unternehmern gemachten Zugeständnisse an. In dieser Versammlung erlaubte sich auch unser Geschäftsführer Geil das Wort zu nehmen. Da man annahm, daß voraussichtlich Kollege Geil sich zum Worte melden wird, so vereinbarte man sich schon vorher, daß man unmittelbar vorher einen Transportarbeitervernichter vorausschickt, der den vermaledeiten Geil in Grund und Boden vernichtet. Herr Klopfer, mit dem sich Kollege Geil bezüglich des Verhaltens der Brauer einmal im Gewerkschaftshaufe auseinandersetzte, brachte alle Phantasiegebilde, die er geträumt haben muß, zu Tage. Da ja die Brauerarbeiter stets nur die Früchte ihrer Erziehungsmethode ernten, so brauchte man sich auch nicht zu wundern, wenn der Kollege Geil mit einem Sturm von Prüdeln empfangen wurde. Wenn man heute einen fragt, warum er Prüil gerufen hat, so kann man höchstens erfahren: Ich habe Prüil gerufen, weil die anderen auch so gerufen haben.

Wir sind der Ueberzeugung, wären die Verhandlungen gemeinschaftlich geführt worden und hätten die Brauer die Position Arbeitszeit so verteidigt, wie wir es für die Kutscher getan haben, so wäre die Arbeitszeitverkürzung für letztere viel günstiger ausgefallen. So mußten wir aber bereits bei der ersten Verhandlung von Herrn Rosenfeld erfahren, daß er mit den Brauern über diesen Punkt schon einig wäre. Die Brauer hatten also die Kutscher schon vorher verschachert. Die Folge war, daß alle Anstrengungen unsererseits vergeblich waren, und die Kutscher heute genau wieder so ausgebeutet werden können, wie früher. Die Brauer leisteten sich aber noch ein weiteres Stückchen. Am Tage nach der Versammlung, also am 3. Juli, ging Herr Hazenetter zu Herrn Rosenfeld und teilte ihm mit, daß die Sache erledigt wäre; die Versammlung habe gestern abend für den Tarif gestimmt, mit Ausnahme der Transportarbeiter und Maschinisten und Heizer. Diese Unwahrheit ist genau so aus den Fingern geflogen, wie alle anderen. Gegen den Tarif haben nur die Maschinisten gestimmt und zwar mit Recht. Daß aber auch die Transportarbeiter dagegen gestimmt haben sollen, das war der letzte Trick, den sich Herr Hazenetter noch erlaubte. Aber auch der ist nicht gegückt. Wir teilten Herrn Rosenfeld mit, daß er belogen wurde, indem unsere 8 Kollegen, die in der Versammlung anwesend waren, für den Tarif gestimmt haben. Wir hatten am Tage vorher bereits eine Versammlung, in der unsere Kollegen schon bereits für den Tarif gestimmt hatten und dann in die Versammlung der Brauer überhaupt nicht mehr kamen.

In unserer Versammlung wurden noch einige Positionen herausgegriffen, um nochmals einen Versuch auf Verbesserung derselben zu machen. Nachdem jedoch die Brauer aber endgültig abstimmt, war es auch unmöglich, daß unsere Kollegen noch länger auf ihren Forderungen beharrten. Dies hatten wir auch Herrn Dr. Rosenfeld mitgeteilt. Nun ist alles vergebens gewesen. Die Transportarbeiter, Maschinisten und Heizer haben doch als Mitkontrahenten den Tarif unterzeichnet, trotz der Mitgliederabtreibung und Schwindelbeten der Brauer. Wäre es nicht höchste Zeit, daß endlich einmal den Brauern das unsaubere Handwerk gelegt würde?

**Gewerkschaftliche Rundschau.**

**Der Lederarbeiterverband.**

Der in diesem Jahre zum ersten Male seinen Jahresbericht in Broschürenform herausgibt, hat seinen Mitgliederstand im Krisenjahre 1908 im wesentlichen gehalten, wenigstens ist der kleine Verlust von 240 Mitgliedern nicht erheblich. Am Jahresabschluss wurden 7694 Mitglieder inkl. 97 weibliche in 124 Zahlstellen gezählt. Am Schlusse des 2. Quartals hatte die Mitgliederzahl ihren niedrigsten Stand erreicht, mit der dann eintretenden Besserung der Geschäftslage im Gewerbe stieg auch die Mitgliederzahl des Verbandes.

Ganz immens sind die Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung (am Ort und auf der Reise) in den letzten Jahren gestiegen. Während 1905 nur rund 20 24 1/2 Mk. für diese Unterstützung verausgabt wurden, mußten im Jahre 1908 rund 70 850 Mk. verausgabt werden; die Ausgabe hat sich also beinahe vervierfacht. In den 2 Jahren 1906 und 1907 wurde beinahe nur soviel an Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt, wie allein im Jahre 1908. Ein Zeichen für das Wirken der Krise. Der Verband hatte 70 Streiks, Ausperrungen und Lohnbewegungen in 57 Orten in 101 Betrieben mit 5028 Beschäftigten durchzuführen. Nur 10 davon waren Streiks und Ausperrungen, während 60 Bewegungen ohne Arbeitsloseinstellungen beendet wurden. Von den 60 Bewegungen ohne Arbeitsloseinstellungen mußten 39 zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und 21 zur Abwehr von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen eingeleitet werden. Eine Ausperrung erfolgte in Neumünster aus Anlaß der Maisfeier, an dieser waren etwa 500 Lederarbeiter beteiligt. Von den 9 geführten Streiks waren 6 erfolgreich.

Angriffs- und Abwehrstreiks bezogen sich nur auf Lohn-erhöhungen bzw. Lohnherabsetzungen, während bei den Bewegungen ohne Arbeitsloseinstellungen auch Arbeitszeitver-

kürzungen errungen wurden, in einem Falle eine Verkürzung von 10 auf 9 Stunden täglich. Die Lohn-erhöhungen variieren in der Mehrzahl zwischen 1 und 2 Mk. Fast die Hälfte der geleisteten Beiträge sind als Unter-stützungen an die Mitglieder geflossen expl. der Streik- und Gemahregeltenunterstützung. Die Gesamteinnahmen im Verbands sind um ein geringes zurückgegangen, sie betragen 185 756 Mk. Die Ausgaben stiegen dagegen um rund 13 000 Mk., sie beliefen sich auf 169 880 Mk. Das Verbandsvermögen betrug 78 888 Mk.

Ein größeres Kapitel ist im Bericht der Verschmelzungsfrage durch Abdruck der zwischen den Vorständen der verwandten Berufsverbände gewechselten Schreiben gewidmet; wie bekannt, hat diese Frage schon insofern zu einem greifbaren Resultat geführt, als der Handschuhmacherverband seine Verschmelzung mit dem Lederarbeiterverband vollzogen hat.

**Der Verband der Gutmacher**

hat bei einer Zunahme von 313 Mitgliedern im Jahre 1908 ein günstigeres Ergebnis im organisatorischen Fortschritt zu verzeichnen, als im Vorjahre, das einen Zuwachs von nur 87 Mitgliedern brachte. Den Hauptanteil an dieser Mitgliederzahl haben die weiblichen Mitglieder mit 271, die überhaupt mit ihren 2371 Mitgliedern ein großes Kontingent der Gesamtmitgliederzahl im Verbands stellen, die am Jahreschlusse 7206 betrug.

Die Krise hat auch diesem Verbands die Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen erschwert; weitere streife umfassende Lohnbewegungen konnten nicht unternommen werden, die Bewegungen haben nur einem kleinen Teile der Mitglieder Erfolge gebracht. — Durch die Lohnbewegungen wurde für 402 Beteiligte eine Arbeitszeitverkürzung von 1548 Stunden und für 808 Beteiligte eine Lohnherabsetzung von 747 Mk. pro Woche erreicht; ferner für 626 Personen sonstige kleine Arbeitsvergünstigungen; abgewehrt wurde eine Verkürzung des Verdienstes für 42 Personen um 175 Mk. pro Woche und für 16 Beteiligte sonstiges. Für Streikende wurden 4082 Mk., für Gemahregelte 2094 Mk. verausgabt. — Von den Gesamteinnahmen des Verbandes und seiner Unterstufungsstellen sind 75 pCt. den Mitgliedern in Form von Unterstützungen wieder zu geflossen. Einer Einnahme von 127 000 Mk. steht eine Ausgabe von 124 000 Mk. gegenüber. Der Vermögensbestand des Verbandes betrug bei einer Zunahme von rund 8000 Mk. insgesamt 172 800 Mk. Die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung stieg von 52 000 Mk. im Jahre 1907 auf 78 200 Mk. im Berichtsjahre. Die Invalidenkasse, die 61 invalide Berufsge nossen zu unterstützen hat, darunter einen schon seit 1866, vereinnahmt aus Beiträgen 7050 Mk. und verausgabte an Unterstützungen 9462 Mk. Zu den Einnahmen kommen noch 1410 Mk. Zinsen und 1000 Mk. aus der Zentralkasse, sodas Einnahmen und Ausgaben sich die Wage halten und der 43 500 Mk. betragende Kassenbestand der gleiche ist wie im Vorjahre. Die Krankenzuschußkasse hatte bei 83 700 Mk. Vereinnahmen 82 600 Mk. Ausgaben und einen Bestand von 27 600 Mk. Die Frauenkassenkasse hatte bei 4805 Mk. Einnahmen 1829 Mk. Ausgaben und einen Kassenbestand von 33 758 Mk.

Der Vorstand appelliert zum Schlusse seines Berichtes an die Mitglieder, eine rege Agitation für den Verband zu entfalten, um den wirtschaftlichen Aufschwung, der anscheinend jetzt im Gewerbe eintritt, zur Verbesserung und Regelung der Arbeitsbedingungen auszunutzen zu können.

**Aus der Gerichtspraxis.**

**Chemnitz.** Eine Robeheit des M ö b e l t r a n s p o r t g e s c h ä f t s i n h a b e r s C l a u ß bildete den Gegenstand der Verhandlung. Clauß ist als roher Mensch bekannt und gefürchtet. Das ist ihm auch wiederholt vom Gericht infolge verschiedener von Clauß hervorgerufener Exzesse bestätigt worden. Im vorliegenden Falle hatte er im Restaurant „Zur Post“ im Stadtteil Altchemnitz den Schlosser U. verhaften. Die beiden hatten sich in einem Wortstreit gegenseitig arg beleidigt. Einer behauptete vom anderen, daß er angefangen hätte. Schließlich ist Clauß aber aufgestanden, hat seinen Lederpantoffel ausgezogen und auf U. eingeschlagen. Dann hat er U. den Kopf über den Kopf gezogen, daß U. nichts sehen konnte, und hat weiter zugeschlagen. Am anderen Tage hat sich Clauß dieser Tat in einem anderen Restaurant noch gerühmt und gesagt, daß das mit paar Hundert Mark wieder gut gemacht werden könne. Vor der Verhandlung bemüht sich Clauß, ein großer, starker Mann, den Vorgang als harmlos hinzustellen. Dann aber sagte er zu seiner Entschuldigung, daß er über die ihm zugefügten Beleidigungen furchtbar erregt gewesen wäre und sich nicht anders habe helfen können. Ein Zeuge gab an, daß er nur einen Schlag mit dem Pantoffel gesehen habe. Was sich dann noch abgespielt, habe Clauß mit seinem breiten Rücken gedeckt. Aber richtig eingeschlagen habe er. Auch sei der Stuhl kaputt gegangen, auf den Clauß den U., wenn dieser aufstehen wollte, immer wieder mit Gewalt niedergedrückt hat.

Clauß wurde unter Zustimmung mildernder Umstände wegen gefährlicher Körperverletzung zu 40 Mk. Geldstrafe verurteilt. Sachend nahm der Zeurteilte den Gerichtspruch entgegen. Aber ganz gleich ist ihm die Sache nicht, wenn sie in die Öffentlichkeit kommt. So versuchte er den Berichterstatter der Volksstimme zu bestimmen, keinen Bericht zu schreiben. Das wurde natürlich abgelehnt.

**Aus unserem Beruf.**

**Automobilführer.**

Berlin. Immer wieder Verurteilung von Chauffeuren wegen übermäßigiger R a u c h e n t w i c k l u n g. Einem Kraftwagenführer R. war zur Last gelegt worden, vor einiger Zeit in den Straßen von Berlin auf einer Strecke von 200 Meter erhebliche

Rauchwolken entwickelt zu haben, so daß man auf einige Zeit das Kraftfahrzeug überhaupt nicht sehen konnte. Nach den ergänzten polizeilichen Vorschriften sollen Kraftfahrzeuge in der Weise geführt werden, daß eine Befestigung von Personen durch Rauch z. B. möglichst ausgeschlossen werde. N. betonte, ihn treffe kein Verschulden, wenn das Fahrzeug plötzlich Rauch entwickelte. Ein Sachverständiger behauptete, entweder sei der Defekt nicht in Ordnung gewesen, oder aber es sei anzunehmen, daß das Del nicht geeignet war. Sowohl das Schöffengericht als auch die Strafkammer verurteilte N. zu einer Geldstrafe, weil ein Verschulden des Angeklagten vorliege; wenn der Defekt gut funktioniert hätte, oder geeignetes Del verwendet gewesen wäre, so würde die auffällige Rauchentwicklung nicht eingetreten sein. Der Angeklagte sei für die Rauchentwicklung verantwortlich und müsse bestraft werden. Diese Entscheidung wogt N. durch Revision beim Kammergericht an, welches indes die Revision als unbegründet zurückwies, da die Vorentscheidung ohne Rechtsirrtum ergangen sei; die polizeilichen Vorschriften sind ihre Grundlage in § 6b des Polizeiverwaltungsgesetzes; hiernach habe die Polizeibehörde für den Verkehr zu sorgen.

Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß, solange noch eine große Anzahl Automobile mit den primitivsten Defektvorrichtungen, die Straßen zersplittern, ist die Verurteilung der Chauffeure wegen Rauchentwicklung des Motors eine ungerechte. Das Urteil der Sachverständigen über diese Sache ist uns unverwundlich.

Berlin. Der „Konfektionär“ bringt folgende beachtenswerte Notiz:

„Auto-Automaten, das sind die neuesten Automaten, die die Reichshauptstadt aufzuweisen hat. Man kann an diesen Auto-Automaten nicht etwa ein Automobil für zehn Pfennig ziehen, wie sonst eine Tafel Schokolade oder eine Schachtel Wachsreichholz, sondern sich nur automatisch ein Automobil herbeizufen, mit anderen Worten also ein Auto-Messengerboy. Unter der Firma „Automatischer Droschkenanrufer, G. m. b. H.“ hat sich nämlich, wie berichtet wird, eine Gesellschaft konstituiert, die an allen öffentlichen Gebäuden, wie Museen, Bahnhöfen, Hotels, Theatern und Warenhäusern einen Automaten anbringen will, der mit der nächsten Haltestelle für Droschken resp. Automobile in Verbindung steht. Durch Einwurf eines Befehlsknöpfchens wird der Automat in Tätigkeit gesetzt, gibt am Halteplatz ein Signal und löst gleichzeitig eine Klappe aus, die die Stelle anzeigt, wo der Wagen verlangt wird. Ferner fällt eine Klappe heraus, die den Inhaber dem Kutscher gegenüber als Besteller legitimiert. Wenn der verlangte Wagen abgefahren ist, fällt umgekehrt am Automaten eine Klappe, welche anzeigt, daß der Wagen unterwegs ist. Sollte der Fall vorkommen, daß kein Gefährt am Halteplatz steht, so wird der eingeworfene Groschen vom Automaten selbstständig zurückgegeben. (Das müssen allerdings sehr intelligente Auto-Automaten sein.) Nicht nur in großen öffentlichen Gebäuden resp. im Verkehrszentrum sollen die Automaten zur Auffstellung gelangen, sondern speziell auch in den Außenbezirken, in denen ein beständiger Mangel an Droschken und Automobilen herrscht. Vielfach soll auch dieser Automat in großen Privathäusern untergebracht werden, so daß sie ihren eigenen Droschkenanrufer haben. Das Polizeipräsidium hat seine prinzipielle Zustimmung zu dem geplanten Unternehmen bereits erteilt; mit dem Magistrat und der Oberpostdirektion schweben zurzeit noch Unterhandlungen, und es ist nicht daran zu zweifeln, daß auch diese zu einem günstigen Resultat führen werden.

Wiewohl läßt sich ein derartiger automatischer Droschkenanrufer später an jedem Telefon anbringen?

Chauffeur-Auskunftsstelle. Bekanntlich war das Ergebnis unserer ersten Automobilführer-Konferenz im vorigen Jahre eine Petition des Vorstandes an den Reichstag, das Automobilhaftpflichtgesetz betreffend. In der Einleitung dieser Petition wurde unter anderem gesagt:

„Die erwähnte Konferenz der Berufsautomobilführer war einhellig der Meinung, daß der dem hohen Reichstage gegenwärtig vorliegende Gesetzentwurf über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen ein ganzlich ungenügend vorbereitete, auf der augenblicklich scheinbaren Volksstimmung in aller Eile aufgearbeitetes Gesetzgebungsversuch darstellt, das seinen Zweck, die Verhütung oder Verminderung von Unfällen im Automobilverkehr und Schädigung dritter Personen durch diesen, in der Praxis ganzlich verscheitert und verscheitern muß.“

Der beregte Gesetzentwurf stellt sich dar als ein Unsnahmengesetz schlimmster Sorte, geschaffen gegen eine Kategorie von Verkehrsarbeitern, die durch ihr berufliches Verhalten keinen Anlaß gegeben hat, daß in dieser Weise gesetzgeberisch gegen sie vorzugehen versucht wird.“

Leute, die glauben, es besser zu wissen, meinen, dies wäre übertrieben. Nach allem, wie wir heute die Verhältnisse im Chauffeurberuf sehen, bewahren sich unsere damaligen Befürchtungen immer mehr.

Bedienten sich die Behörden bisher der Chauffeure in erster Linie als Geißel, so sollen sie jetzt darin, wie es scheint, von den Automobilbesitzern abgelöst werden. Diese Herren wollen sich gegenüber dem Gesetz sichern. In allen Maßnahmen, die sie treffen, findet man den Chauffeur als Karnickel.

In dem Haftpflichtgesetz steht man drei Fragen gerecht: Haftpflicht, Fahrerlaubnis und die Strafen. Alle unsere Forderungen auf Regelung der Arbeitszeit, Schaffung von städtischen oder staatlichen Fachschulen unter partizipativer Leitung usw. sind den Unternehmern zur Regelung überlassen.

Wie dieselben bedenken, diese Fragen zu regeln, bekundet unter anderem folgendes Zirkular:

Firma N. N.

Für unsere Chauffeur-Auskunftsstelle bitten wir Sie höflich, uns baldmöglichst mitzuteilen:

1. Die Namen der bei Ihnen beschäftigten Chauffeure,
2. Geburtstag derselben,
3. Wie lange dieselben bei Ihnen beschäftigt sind,
4. Eine kurze Auskunft über den Charakter zc. (1)

Es liegt auf der Hand, daß die Auskunftsstelle nur dann ihren Zweck erfüllt, wenn sie über jede Entlassung unter Angabe des Grundes informiert wird.

Wir bitten Sie daher ergebenst, jede Entlassung, sowie jeden Wechsel überhaupt der Geschäftsstelle freundlichst sofort anzeigen zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Interessenverband der Automobilbesitzer Deutschlands.

Der Generalsekretär Hoffmann.

Dieses Zirkular und seine Ausführung durch die Betriebsleiter einerseits und der Geschäftsstelle andererseits bedeutet das große Sieb für die Chauffeure. Einige Besitzer, welche in diesem Vorgehen seitens des Automobilbesitzer-Vereins etwas Unmoralisches erblicken, haben uns dieses Pamphlet zur Verfügung gestellt.

Wir sind nun nicht etwa der Meinung, daß die Chauffeure lauter Engel sind, im Gegenteil, auch hier gibt es Leute, die nicht wert sind, mit ihrer Person den Chauffeurberuf zu zieren. Zu der nur vorgennommenen Auslese unter den Chauffeuren, besitzen die Herren aus obigem Interessen-Verband am allerwenigsten die dazu nötigen Fähigkeiten. Und mit was wollen sie ihr Vorgehen rechtfertigen?

In dem Vorstand des Interessenverbandes finden wir verschiedene Persönlichkeiten wieder, welche sich bisher als die unerbitterlichsten Scharfmacher gegen die Chauffeure hervorgetan haben. Diese Herren standen auch im Jahre 1907 an der Spitze der Unternehmer, als es galt, durch eine rigorose Ausselektion den Verdienst der Fahrer zu kürzen. In damaliger Zeit haben die Herren in ihren Betrieben, unter Begünstigung der Polizei, in Zeit von 3-14 Tagen Chauffeure ausgebildet, daß es ein Skandal war. Leute, die sich ihres Charakters wegen in keinem Beruf halten konnten, wurden von den Unternehmern, welche heute zum größten Teil den neuen Scharfmacher-Verband bilden, mit offenen Armen empfangen. War der eine Wagen von solch einem Streibtreiber in Stücke gefahren, dann bekam er den anderen. Damals galt vornehmlich bei den Leitern des obengenannten Verbandes die Parole: Und wenn von den Arbeitswilligen sämtliche Wagen in Bruch gefahren werden, schadet nichts. Die Hauptsache ist, Fahrer im Betrieb, mögen sie sein und herkommen, wo sie wollen. Heute wollen die Leute, die sich an dem Chauffeurberuf so schwer vergangen, befähigt sein, nach ihrem Belieben eine Auslese unter den Chauffeuren zu halten? Das ist rein zum Lachen. Die sog. Auskunftsstelle kann doch demnach nur gegen den dreimal gekreuzigten Transportarbeiter-Verband gerichtet sein. So wie wir den Kapitän des Unternehmerschiffes kennen gelernt, ist er bestrebt, unseren Verband möglichst im großen Bogen zu umsegeln, nur merkt er nicht, wie weit er schon mit uns zu rechnen hat. Nach der Ebbe kommt eine Flut, Herr Kapitän!

Einen weiteren Beweis betreffend das einseitige Meldewesen der Unternehmer gegen die Chauffeure, sind die von den Scharfmachern gehandhabten schwarzen Listen. Genutzt haben diese Verleumdungszettel den Unternehmern nie etwas. Aber ein hysterisch veranlagter Buchhalter oder Betriebsleiter kann wenigstens seiner noblen Gesinnung darin Rechnung tragen. Von den vielen uns zur Verfügung gestellten, einige Proben. Eine schwarze Liste vom März dieses Jahres meldet über einen Chauffeur wie folgt: W. ist unverschämmt und stellt expresserische Forderungen beim Abgange. Nach unseren Ermittlungen hat der betreffende Kollege, weil er früh entlassen wurde, für den ganzen Tag Lohn verlangt. Dies nennt der Listenschreiber expresserische Forderungen. In einem andern Falle heißt es: „N. kommt nicht zum Fahren, läßt den Wagen stehen, ohne Nachricht zu geben“. Wie wir ermittelt, war N. hilflos krank, und war gar nicht in der Lage eine Nachricht zu geben.

So könnten wir noch eine endlose Reihe solcher Listennennungen anführen, leider läßt dies der Raum nicht zu. Zur geeigneten Zeit kommen wir darauf zurück.

Nach allen den traurigen Erfahrungen, welche die Chauffeure mit ihren Unternehmern bisher gemacht, sind sie voll und ganz berechtigt, auch gegen die von den Unternehmern geschaffene einseitige Auskunftsstelle über geschäftliche und herrschaftliche Chauffeure ein lebhafte Miktrauen zu hegen.

Den Chauffeuren aller Branchen aber müßte das geeinte und entschiedene Vorgehen aller Automobilbesitzer die verstaubte Brille von ihren verbildeten Augen reißen. Die Hehjaag, welche die Besitzer jetzt unter den Fuhrherren veranstalten, wird diese zu Baven treiben und sie werden endlich erkennen lernen, daß Harmonie und Klimbim nicht vorwärts bringt. Hier heißt es jetzt Augen auf und zusammengehalten. Schließt euch einer großen und starken Organisation an, deren Leitung ernstlich gewillt ist, die Berufsleiter gegen die Willkür der Unternehmer in Schutz zu nehmen. Der deutsche Transportarbeiter-Verband

ist die einzige Organisation, welche die Interessen der Chauffeure nach allen Richtungen vertritt. Dem schließt euch Mann für Mann an!

Chauffeure habt acht vor den Schwindlern in Bukarest (Rumänien). Es hat sich dort eine Automobilgesellschaft gegründet, welche, genau wie unsere deutschen Kapitalisten, bei der Sucht, ihr Kapital im schnellen Tempo zu vermehren, sich den Teufel was um Patriotismus und ihre Landsleute schert. Um nicht erst Chauffeure ausbilden zu brauchen, was erfahrungsgemäß mit einigen Unkosten verbunden ist, glaubt diese Gesellschaft richtig zu kalkulieren, wenn sie erfahrene deutsche Chauffeure mit vielen Versprechungen nach Bukarest lockt. Einige Kollegen haben sich ja nur auch damit ködern lassen und geben uns nun ihre Erfahrungen zum Besten. Auf die Annonce einer hiesigen Zeitung hin schrieb ein Kollege an die Gesellschaft, worauf er folgendes Schriftstück von derselben erhielt:

„Geehrter Herr!

In sofortiger Beantwortung Ihres Schreibens beilegen wir uns, Ihnen zur Kenntnis zu bringen, daß wir gerne geneigt sind, Sie in unsere Dienste aufzunehmen.

Unsere Bedingungen sind folgende: Ihr fester Gehalt beträgt 2 Lei täglich. Von dem Erlös Ihres Droschkengeellschafts erhalten Sie 5 pCt., also monatlich noch weitere 60 Lei garantiert; außerdem haben Sie noch alle Trinkgelder, die ebenfalls noch eine beträchtliche Summe jeden Monat ausmachen, da es in Rumänien Brauch ist, immer sehr gute Trinkgelder zu spenden, während wir, Ihnen zur Ermutigung, die Hälfte der verauslagten Reisepesen ersetzen, sagen wir, 25 Lei, am Ende eines Dienstjahres bei uns.

Wir zahlen keine Reisepesen, weil es uns schon vorgekommen, daß manche Wagenführer, nach Verkauf von 15 Tagen, uns im Stich ließen, und einen Kontrakt schließen wir nicht, weil ein solcher in Wirklichkeit bloß uns verpfichtet, während der Chauffeur uns jederzeit verlassen kann, wann es ihm beliebt und ein Einschreiten unsererseits zwecklos wäre.

Aus obigen ersieht Sie, daß Sie bei uns eine sehr gut bezahlte Stellung haben würden, außerdem sichergestellt, vorausgesetzt, daß Sie Ihren Wagen in gutem Zustande erhalten und ruhig und gelassen fahren.

Bei uns bleiben Sie in Stellung sowohl während des Winters wie auch des Sommers.

Jeden Monat werden noch mehrere gute Prämien in Geld ausgesetzt, die diejenigen Chauffeure erhalten, die am wenigsten Benzin verbraucht und sich am aufständigsten betragen haben.

Das Benzin und das Del sind zu unseren Lasten gerechnet, gleichzeitig das tägliche Waschen der Wagen. Der Chauffeur hat nur die Messingteile des Automobils immer blank zu halten.

Der Chauffeur ist des ihm anvertrauten Wagens verantwortlich und muß er ihn in gleich gutem Zustande, wie er ihn erhalten, zurückstellen.

Es gibt eine Sommer- und eine Winteruniform und wird der Preis derselben in kleinen Abzahlungen abgezogen.

Jeder, der auf diesen Posten Anspruch macht, muß mindestens ein Jahr in einer großen Stadt ein Automobil geleitet haben, da wir nur erfahrene Chauffeure aufnehmen.

Es ist unnötig, daß die Wagenführer gute Mechaniker sein sollen, da wir nur verlangen, daß Sie das Automobil sicher durch alle Hindernisse leiten können.

Die Chauffeure müssen eine Kaution von 200 Fr. an unserer Kasse belegen.

Diejenigen, welche diese Garantie nicht besitzen, wird man monatlich von den ihnen zukommenden Prozenten etwas abzuziehen, bis die Summe von 200 Fr. voll ist und wird den betreffenden zurückgestellt, wenn sie den Garage verlassen und die Automobile in gutem Zustande sind.

Im Falle Sie geneigt sind, zu uns zu kommen, müssen Sie Ihre Zeugnisse in Ordnung bringen, da Sie dieselben hier benötigen werden.

Vergessen Sie auch nicht, sich eines geregelten Passports zu versehen.

Wir sehen nun Ihrer sofortigen Antwort entgegen und zeichnen

achtungsvoll

Administrator Delegat,  
W. Sermon.

NB. Vergessen Sie mir nicht, sich mit einem gut geregelten Paß zu versehen.“

Hierauf erkundigte sich der Kollege bei dem dortigen deutschen Konsulat, welches wie folgt antwortete:

„Bukarest, den 12. Juli 1909.

Die Gesellschaft „Automobil“ ist ein Kraftdroschen-Unternehmen, dessen Leitung wohlhabende und der hohen rumänischen Gesellschaft angehörende Mitglieder in der Hand haben. Die Anzahl der bereits in Betrieb befindlichen Kraftwagen dürfte 30 betragen, doch sollen noch ungefähr 30 weitere Fahrzeuge demnächst dem Verkehr übergeben werden.

Die Entlohnung der Chauffeure mit 2 Franks pro Tag neben den 5 pCt. aus dem Erlös ist für die hiesigen sehr teuren Wohnungs- und Lebensmittelpreise, selbst für einen unverheirateten Mann, sehr gering.

Wohl erhalten die Chauffeure auch Trinkgelder, die an günstigen Tagen den Tagelohn erreichen, doch darf dies als unsichere und zufällige Einnahme

bei Annahme der Stelle nicht in Berücksichtigung kommen.

Bei einem Gehalte von 2 bzw. 4 Lei pro Tag muß ich von der Annahme der Stellung entschieden abraten.

Die auf einem Einkommen, wie es Ihnen in Aussicht gestellt worden ist, ruhende Steuer beträgt pro Jahr ca. 25-30 Frs.

Sollten Sie trotzdem nach Rumänien kommen, so bemerke ich, daß Sie unbedingt einen vom rumänischen Konsulat zum Eintritt nach Rumänien visierten Paß benötigen, um bei Ueberschreitung der Grenze keine Schwierigkeiten zu haben.

Desgleichen mache ich Sie darauf aufmerksam, daß in Rumänien Tabak- und Zündholzmonopol besteht, das Mitbringen von größeren Mengen dieser beiden Artikel daher untersagt ist. Gestattet ist die Mitnahme bis zu 20 Stück Zigarren für den Reisebedarf.

Der Kaiserliche Generalkonsul F. Rindel.

An den Chauffeur Herrn ... Berlin D.

Diese Angaben des Herrn Generalkonsuls finden auch ihre Bestätigung durch folgenden an uns gerichteten Brief eines dort tätigen Kollegen.

„Bularest, den 25. Juni 1909.

Werte Kollegen!

Schreibe Euch hiermit die Verhältnisse von Bularest. Ich bin jetzt bereits acht Tage hier und fahre eine Taximeter-Automobilbrotsche für 5 pSt. und 2 Frs. pro Tag. Meine Einnahme ist pro Tag durchschnittlich 20 Frs. Nun können sich die Kollegen ja ausrechnen, wieviel man hier verdient. Das soviel versprochene Trinkgeld reicht gerade zu einem Glas Bier; es ist hier furchtbar heiß.

Nun noch eins; ich muß vor allen Dingen die Fahrt bezahlen; diese Summe dazu beläuft sich mit Unkosten auf 60 bis 65 Mk. In Bularest angekommen, ging ich zu der Gesellschaft und mußte nun vorfahren. Fahrt man nicht sicher genug, so kann man gleich wieder nach Berlin retour fahren. Die Polizei ist hier so schwarz, wenn ein Deutscher einen Zusammenstoß hat, so wird er sofort über die Grenze geschickt. Ich bitte, dieses nun zur Warnung der Kollegen in die Öffentlichkeit zu bringen.

Achtungsvoll

Kollege ...

Dieser Brief und die amtliche Auskunft des dortigen deutschen Konsulats dürften wohl genügen, unsere Kollegen vor der „Trinkgelbmetropole“ Bularest zu warnen. Nach der Berechnung des Kollegen stellt sich sein Lohn pro Tag folgendermaßen: Durchschnittliche tägliche Einnahme 20 Frs., 1 Fr. nach deutschem Gelde gerechnet, gleich 80 Pf., also 20 Frs. gleich 16 Mk. Davon 5 pSt. sind 80 Pf. Hierzu 2 Fr. Lohn, sind 1,60 Mk., macht zusammen pro Tag 2,40 Mark Verdienst. Trinkgelber können an Mangel solcher nicht mitgerechnet werden.

Viel mehr verdienen zwar unsere Kollegen in Deutschland zwar gerade auch nicht, aber sie sparen wenigstens das Geld zur Reise hin und zurück. Kollegen, Ihr seht daraus, daß Ihr überall nur dem Kapital zur Ausbeutung dient, darum organisiert Euch, um zur geeigneten Zeit launfroh zu sein. Und wenn wieder einmal der eine oder der andere der Kollegen Lust verspürt, verlockende Auslandsangebote anzunehmen, dann erkundige er sich erst bei seiner Organisation, falls er seine letzten paar Groschen nicht zum Fenster hinauswerfen will.

Fensterputzer.

Dresden. In unserer Mitgliederversammlung, die am Dienstag, den 13. Juli, stattfand, hielt Genosse G. Reinhardt einen hochinteressanten Vortrag über seine Reiseerlebnisse im Orient. In seinen trefflichen, oft mit Humor durchwürzten Ausführungen schilderte Redner in den lebendigsten Farben und bis in die kleinsten Züge das Leben und Treiben der Bewohner dieses, durch die politischen Wirren der neuesten Zeit im Vordergrund des Interesses stehenden Landes. Mit gespanntem Interesse verfolgten die Anwesenden die Ausführungen des Referenten vom Anfang bis zu Ende und brachten ihre stichliche Befriedigung über das Gehörte durch stürmischen und begeisterten Beifall am Schlusse des Vortrags zum Ausdruck. Dieser Vortrag hat einmal etwas Abwechslung in der Reihe der sonst üblichen Vortragsthemen und es wäre zu wünschen, wenn recht oft den Arbeitern derartige Vorträge gehalten werden könnten. Man kann damit bei geschickter Anwendung ebensogut agitieren und uns neue Anhänger gewinnen, als wie bei den sonst üblichen Vorträgen, ganz abgesehen davon, wie belehrend und bildend sie auf den Zuhörer wirken. Wenigstens kann man uns dann nicht mit dem Einwand kommen, daß man das ja schon 100 Mal in den Versammlungen gehört habe. Dann schilderte Kollege Möller die Verhandlungsgegenstände des Verbandstages der Unternehmerorganisation und unterzog diese einer eingehenden Würdigung. Redner erwähnt die Kollegen, alle Vorkommnisse in den verschiedenen Instituten ihm mitzuteilen. Um die Agitation unter den Kollegen wirksamer zu gestalten, wurde eine 8 gliedrige Agitationskommission gewählt. Weiter wurde eine Exkursion in die Ausstellung auf der Stübelsallee beschlossen. Sammelpunkt der Kollegen am Sonntag, den 29. August, am Haupteingang der Ausstellung. Aufgenommen wurden 6 Kollegen. Nach den üblichen Schlussworten des Vorsitzenden wurde die Versammlung geschlossen.

Bürogehülfe. Ein Muster von einem Vorarbeiter ist der Fensterputzer Seidel bei der Firma Mag Kaiser. Die Firma hatte früher zur Kontrolle ihrer Leute einen Geschäftsführer angestellt. Nach dessen Entlassung glaubte nun Herr Seidel seine Zeit für gekommen und spielte sich

den anderen Kollegen gegenüber als Herr auf, erteilte auf herrische Weise Befehle und ließ es an Schikanierungen und Beschimpfungen nicht fehlen.

Vor kürzerer Zeit gab er dem Kollegen Jink einen Auftrag und als ihm dieser darauf etwas erwiderte, ergriff er ihn an der Gurgel und presste ihn an die Wand. Wenn Kollegen Jink nicht ein anderer Kollege zu Hilfe gekommen wäre, wer weiß, welches Unglück da passiert wäre. Herr Seidel veretelt durch seine Handlungsweise den Kollegen die Arbeit. Die Kollegen haben bisher immer ihre Arbeit gewissenhaft erfüllt und es hat bisher nie eines Antreibers bedurft. Um wieder unter den Kollegen die alte Arbeitsfreude aufkommen zu lassen, raten wir Herrn Seidel in seinem Interesse, den Staub von seinen Füßen zu schütteln und nach seiner Heimat abzutampfen, wo er seine Schweisewebeleien und sonstigen Eigenschaften besser verwerten kann wie hier.

Handelsarbeiter.

Berlin. Bereits in der Nr. 10 des „Courier“ kritisierten wir einige Berliner Groß-Kaufleute als Sozialpolitiker. Daß in den Zeiten der Krise die Unternehmer schon alle Mittel anwenden, um billige Arbeitskräfte aus den Reihen der Berufskollegenschaft zu bekommen, ist uns eine alte bekannte Tatsache, daß aber eine Konkurrenz von Staatsarbeitern im Handelsgewerbe herangezogen wird, ist eine neue Erscheinung. Unter der privaten Konkurrenz hatten vorerst namentlich die Musiker, Gastwirtsgehilfen etc. zu rechnen, jetzt gesellen sich die Handelsreisende dazu. Im Transportgewerbe traten auch bereits bei Unzulügen Soldaten, Feuerwehrlente auf. Neuerdings scheinen Firmen im Handelsgewerbe sich dieses Mittels zu bedienen, und können wir folgendes vom Warenhaus A. Wertheim berichten. Schon von Ostern bis Pfingsten wurden in dieser Firma 25 Angestellte der Reichsdruckerei beschäftigt, die nach Beendigung ihrer Arbeit in diesem staatlichen Betriebe von 5-1/2 Uhr an bis zum Geschäftsschluß im Warenhaus, als Packer etc. herangezogen wurden. Diese Kräfte werden minutenweis bezahlt. Früher erhielten die Packer, Diener für die Ueberstunde 80 Pf. und wurde jede überschrittene halbe Stunde voll bezahlt. Wenn dies heute nur für die festangestellten noch besteht, so erstreckt man daraus, daß es der Firma darauf ankommt, bei dieser Methode zu sparen, und flügen sich diese Staatsarbeiter darin, denn es haben sich bereits kurz vor Weihnachten 1908 unter den Ausschiffspackern wegen dieser Bezahlung Differenzen abgepielt, die mir zur damaligen Zeit genügend gewürdigt haben. Die Arbeitsnachweise unseres Verbandes sowie der bestehenden Berufsorganisationen haben der Firma jahrelang gute, fähige Kräfte, Glaspacker etc. vermittelt, jetzt werden die Leute durch Offiziere, Schulleute und andere einflussreiche Leute resp. durch die Kundenschaft empfohlen. Ob zwischen der Verwaltung der Reichsdruckerei und der Geschäftsleitung der Firma engere Verbindungen bestehen, konnten wir leider nicht ermitteln. Auch zur jetzigen Zeit werden noch 12-15 Mann beschäftigt. Es scheint so, als ob man in der Zeit der Ausnahmetage etc. sich diese Kräfte anlernen will, weil dieselben vor Weihnachten in der Saison mit den geübten Kräften niemals Schritt halten können. In letzter Minute fliegt uns noch der Entwurf eines Konkurrenzklauselvertrages auf den Redaktionstisch:

Berlin, den ... 190

Ich verpflichte mich, binnen einem Jahre vom Tage der Beendigung meines Engagementsverhältnisses bei der Firma A. Wertheim G. m. b. H. ab keine Stellung mit oder ohne irgend ein Entgelt bei den Firmen Warenhaus W. Wertheim G. m. b. H. und Internationale Warenhausgesellschaft m. b. H. anzunehmen oder für dieselben eine geschäftliche Tätigkeit auszuüben.

Dieses Abkommen findet keine Anwendung, wenn die Firma A. Wertheim G. m. b. H. mir meine Stellung kündigt, ohne daß ein erheblicher, von mir verschuldeter Anlaß zur Kündigung gegeben ist, oder daß mir die Firma A. Wertheim G. m. b. H. durch vertragswidriges Verhalten Grund zur Aufhebung des Dienstverhältnisses ohne Kündigung gibt.

Selbst gelesen, genehmigt und unterschrieben.

Berlin, den ... 190

Unterschrift. Vor- und Zuname.

Was man im Jahre 1908/07 gegen die kaufmännischen Angestellten unternahm, als das Kaufhaus des Westens Engagements abschloß, soll nun auch den Handelsreisenden 1909 erblihen. Schon zur damaligen Zeit, als die Firma gegen eine Verkäuferin eine Strafe von 80 Mk. vor dem Kaufmannsgericht beantragte, witterte man unter den Handelsreisenden Morgenluft, und griff zu Kündigungen unter organisierter und unorganisierter Packern, Dienern, um durch solche Kunststücke unter denselben die „treuen“ Elemente zu ergründen. Es schadete nichts, daß dabei „Fehlgriffe“ nicht unterblieben sind, und man manchen „Treuen“ in unsere Arme führte, weil sich die „Angeber guter Informationen“ als „falsche Freunde“ entpuppten. Der Kampf in diesen Tiefenbetrieben gegen Einzelverträge, welche das Gewerbegericht ausschalten, die Gewerbeordnung ignorieren, wird erst geführt werden können, wenn die in den Warenhäusern beschäftigten Hausdiener, Packer mehr wie bisher ihre Augen offen halten, der Organisation mehr Beachtung schenken, in dieser tiefen ernsten Zeit. Die Wohlfahrtsklänge auf den Generalversammlungen der Warenhausbesitzer sind eitel Schaum, nur die festgesetzte Organisation der Handelsreisende bietet den sicheren Port.

Die Weltfirma Singer & Co. Dortmund. Schon des öfteren ist im „Courier“ die Methode gekennzeichnet worden, mit der die große Firma Singer & Co. mit ihren Angestellten umzuspringen pflegt. Auch die hiesigen Filialen der Firma machen davon keine Ausnahme, ja im Gegenteil, da hier im Industriegebiet das Gewerkschaftsleben im Vergleich zu anderen Industriezentralen, noch sehr darnieder liegt, sind die Verhältnisse noch weit schlechtere. Die Kassierer, die hier im Dienst der Firma tätig sind, müssen sich mit Hungerlöhnen von 12, 14, höchstens 18 Mark pro Woche begnügen; die Hausburken erhalten 20-22 Mk.,

und wenn sie außerhalb zu tun haben, werden ihnen noch guttätig 75 Pf. Spesen gewährt. Nur in dem Falle, wenn es dem Kassierer gelingt, neben seiner eigentlichen Tätigkeit noch eine Maschine zu verkaufen, kann er es auf 22 Mk. bringen.

Ein ganz raffiniertes System wendet weiter die Firma an, um sich an ihren Angestellten für etwaige Verluste schadlos zu halten. Hört nämlich ein Kassierer bei der Firma auf, so werden die Maschinen, für die noch Restsummen zu zahlen sind, einfach retour geholt, oft zum größten Schaden der Käufer, die sich plötzlich eines unentbehrlichen Hilfsmittels bei ihrer Arbeit beraubt sehen. Wird aber nicht gezahlt, und der Kassierer bleibt weiter bei der Firma, so läßt man die Maschine ruhig bei dem Käufer stehen, weil man ja den Kassierer in Händen hat. Ein solches Verfahren verdient die schärfste Kritik der Öffentlichkeit.

Die Firma versteht es aber auch, sich recht billiges Betriebskapital zu verschaffen, wie nachfolgendes Schreiben zeigt, das mir der Öffentlichkeit nicht vorenthalten wollen. Es lautet:

Hamburg, den ... Juni 09.

Herrn

R. N.

Dortmund.

In dem Vertrage, welchen Sie mit uns abgeschlossen, haben Sie sich u. a. verpflichtet, während der Dauer des Engagements und ferner während eines Jahres nach Ihrem Austritt innerhalb eines Umkreises von 50 km von Dortmund aus gerechnet, nicht für die Konkurrenz tätig zu werden. Wie uns berichtet wird, haben Sie dieser Verpflichtung zuwidergehandelt, und sind schon während der Zeit Ihrer Tätigkeit bei uns, wie unmittelbar nachher für die Konkurrenz tätig geworden, wodurch Sie sich eines Vertragsbruchs schuldig gemacht, und die dafür festgesetzte Konventionalstrafe verwirklicht haben. Wir rechnen daher mit der Kautions in Höhe von 300 Mk. und mit Ihrem Provisionsguthaben bis zur Höhe von 200 Mk gegen unsere Forderung auf Zahlung der Konventionalstrafe auf, und eruchen Sie, uns binnen einer Woche zu bestätigen, daß Sie hiermit konform gehen.

Achtungsvoll

Singer & Co. Nähmaschinen Aktien-Ges. R. Martens ppa. Scheidt.

Einschreiben.

Um ganz sicher zu gehen, erhielt die Ehefrau eine ähnliche Zuschrift, und wird ersucht, die Kautionsquittung der Firma einzusenden. Hier versucht die Firma also kurzer Hand 500 Mk. dem Kollegen abzuknöpfen. Daß die ganze Betrag gegen die guten Sitten verstößt, und der in dem Schreiben angeführte Absatz insbesondere, scheint die Firma weiter nicht zu generieren, die Hauptsache ist, daß man wieder einmal glaubt, einen Dummen gefunden zu haben, die die Firma seine erparten Groschen in den Schoß wirft. Doch diesmal wird die Geschichte noch ein Nachspiel haben, falls die Firma es nicht vorzieht, die Summe zu zahlen. Es wird die Frage zu beantworten sein: Kann die Firma einen Familienvater in seinem Erwerb hindern? Dies ist zu verneinen. Hier werden also die Gerichte noch ein Wort mitzusprechen haben. Notwendig wird aber ferner sein, daß die anderen Kollegen endlich sich ermannen und nicht alles über sich ergehen lassen. Hier muß die Parole sein: Hinein in die Organisation! Nur mit ihrer Hilfe werdet ihr Euch bessere, gesündere Verhältnisse schaffen. Einer für alle, alle für einen!

Un unsere Kollegen und Kolleginnen richten auch wir die dringende Bitte, sich nur von organisierten Kassierern und Verkäufern bedienen zu lassen. Man schließe keinen Vertrag ab, sei es in der Möbel-, Nähmaschinen-, Manufakturwaren oder Versicherungsbranche, ohne zuvor sich zu überzeugen, daß der Verkäufer im Besitze der Legitimationskarte ist, die monatlich abgestempelt sein muß.

Transportarbeiter.

Seidelberg. Das vom Gau 15 unseres Verbandes herausgegebene Flugblatt scheint den Machern der „Südwestdeutschen Arbeitgeberszeitung“ vom Transport-, Handels- und Verkehrsgewerbe ziemlich in die Glieder zu fahren zu sein, denn sie fühlen sich außerstande, das Flugblatt zu widerlegen. Die Herren Kraher und Wolff begnügen sich mit der Erklärung: „Das Flugblatt ziehe wieder alle Register sozialdemokratischer Schimpfkunst“, als ob das Arbeitgeberorgan unter der Redaktion des Herrn A. Kell, Leutnant a. D., sich nicht schon gehörig die Finger verbrannt hätte wegen seiner blöden Schimpferei und unbeweisbaren Verleumdungen, so daß das Blatt „nach eigenem Verdict“ es nicht mehr vorzieht, zu klagen. In seiner letzten Nummer behauptet das Blatt, es sei noch niemals wegen Verleumdung verurteilt worden. Das ist direkt unwahr! Denn in der Schöffengerichtsverhandlung vom 27. April 1908 wurde Redakteur Wolff wegen Verleumdung zu 100 Mk. Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt. Gegen dieses Urteil wurde allerdings wegen der Strafhöhe Berufung eingelegt, was zur Folge hatte, daß Herr Wolff die dem Kläger gestellten Bedingungen annahm und einen Vergleich einging, wonach er selbst eine Buße an die Waisenheilanstalt, sämtliche Kosten, auch die des Klägers trug. Und das soll keine Verurteilung sein? Wie darüber die Herren Kraher, Wolff und Konforter denken, ist den Mitgliedern im Deutschen Transportarbeiter-Verbande völlig gleichgültig, es genügt ihnen zu wissen, daß die Herrschaften an den gebannten Prozessen schon genug haben und keinen mehr anstrengen wollen.

Die Kampfsmethode des Arbeitgeber-Verbandes fürchtet der Deutsche Transportarbeiter-Verband nicht, denn wer im Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. In jeder Nummer der „Arbeitgeberszeitung“ werden einige Fälle unter der Rubrik „Wieder einer“ mitgeteilt. Wie wäre es, wenn man einmal der Öffentlichkeit Mitteilung machen würde von allen je-

nen Fällen und Personen, die schon bei der Firma Krager in Arbeit standen und mit dem Staatsgesetzbuch in Konflikt geraten? Am hiesigen Schöffengericht wurde vor einiger Zeit eine große Diebstahlsaffäre behandelt, die ganz Heidelberg und darüber hinaus in Aufregung versetzte. Darunter befanden sich Komplizen, welche der Firma Krager als Streifbrecher und Hauskreier Hefersdienste leisteten. Dieselben waren nicht organisiert in einem „roten Verbande“, desto besser aber in einer Diebesbande. Wenn die Scharfmacher in der „Südwestdeutschen Arbeitgeberzeitung“ es wünschen, so sind wir bereit, unsere Kartenmappe noch weiter zu öffnen.

Nur eines wollen wir hier bemerken. Es ist unrichtig, wenn die Südwestdeutsche Arbeitgeberzeitung behauptet, die Arbeitgeber wollen keine Vertäge diktiert. Deshalb suchen denn die Herren Möbelbesitzer den Zusammenschluß. Doch nur deshalb, um einerseits die Forderungen ihrer Arbeiter zurückweisen zu können und auf der anderen Seite, dem umziehenden Publikum Unzuverlässigkeit aufzutrocknen. Unter dem Vorsitz des Möbelbesitzers Hubert v. Steffelin fand am 27. Juni in Offenburg eine Versammlung der badischen Möbelbesitzer statt, um Stellung zu nehmen für die von den badischen Behörden verlangte Vorlage von detaillierten Rechnungen für Fern- und Stadtmühle badischer Beamter. Herr v. Steffelin gab eine Uebersicht über die Mißstände, welche sich aus dem oben bezeichneten Verlangen der badischen Behörden ergeben haben und führte die Bedingungen auf, unter welchen die Möbelbesitzer in der Lage seien, dieser Forderung nachzukommen. Das Resultat dieser Besprechung war, daß eine Kommission unter dem Vorsitz des Herrn v. Steffelin und G. W. Krager gebildet wurde, um eine Tabelle auszuarbeiten, welche künftig bei Umzügen von Beamten von allen badischen Möbelbesitzern einheitlich angewendet werden soll. In dieser Versammlung wurde auch die Gründung eines Landesverbandes badischer Möbelbesitzer beschlossen. Mit dieser neuen Organisation hoffen die Unternehmer, daß sie den weitgehendsten Einfluß auf eine geordnete Gestaltung der Erwerbsverhältnisse der badischen Möbelbesitzer gewinnen wird. Um diese Forderung zu erreichen, werden alle realen Elemente der badischen Möbelbesitzer dringend aufgefordert, sich schleunigst dem Landesverband anzuschließen, denn der Verband werde in der Lage sein, Bestimmungen zu treffen, dem großen und kleinen Unternehmer den gleichen Schutz zu gewähren.

Kollegen und Kolleginnen im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe, die ihr unserem Verbande noch fernsteht, nehmt auch ein Beispiel an den Arbeitgeber, erwacht aus eurer Lethargie und Gleichgültigkeit und tretet dem Deutschen Transportarbeiter-Verbande bei, denn nur durch die Macht der Organisation kann eine Besserung und Hebung der wirtschaftlichen Lage erreicht werden.

**Hünningen i. Gf.** Einen recht niedrigen Streich gegen unsere bei der Kohlenfirma Köchling gemäßigten Kollegen hat sich der Hünninger Wirt Steinfuß, früher Sozialdemokrat und jetzt angeblich liberal, zu Schulden kommen lassen. Obgleich ihm der Streitfall bei diesem Unternehmer nicht das mindeste anging, warb er in feiner Wirtschafft einige Streifbrecher, und landte sie zur Verächtlichung der Streikarbeit zu Köchling. Wir bedauern die betreffenden Arbeiter, daß sie sich zu solchen Diensten herbeiließen, denn sie mußten doch einsehen, daß Steinfuß dabei selbst sein Schäfchen scheeren wollte und heute noch schert. Die Hünninger Arbeiterschaft wird dem Manne diesen Streich gedenken, und wahrscheinlich werden auch die Basser Arbeiter erfahren mit welchen Elementen wir hier zu rechnen haben. Ein Arbeiter, welcher bei der Firma Köchling ein Gotschiff entladen half, das die Ausgesperrten entladen sollten, ist dabei schwer verunglückt, wie sich begiebt, ob Herr Köchling oder sein Prokurist Führer dem armen Teufel auch etwas entschädigt. Für unsere Kollegen soll dies aber eine ernste Mahnung sein, unter keinen Umständen Streikarbeit zu verrichten, denn die gesunden Knochen müssen dem Arbeiter schließlich doch wertvoller sein. Bei dieser Gelegenheit müssen wir auch darauf hinweisen, daß der Prokurist der Firma Köchling, Herr Führer, erklärte, daß er keinerlei Rücksprache mit irgend einer anderen Firma wegen Nichtbeschäftigung der Ausgesperrten oder wegen der Verrechnung von Streikarbeit gehabt habe. Gleich darauf erfahrene wir von der Firma Raab-Karcher, daß sie sich gegenüber dem Herrn Führer verpflichtet hätte, wenigstens das eine Gotschiff entladen zu lassen. Auf Vorstellung unsererseits und nach Erklärung des Sachverhalts wurde uns seitens der Geschäftsleitung von Raab-Karcher versprochen, daß bei dieser Sachlage die Firma keinerlei Streikarbeit mehr übernehmen wird. Im übrigen zeigte die Geschäftsleitung dieses Betriebes im wohlthuenden Gegensatz zu Herrn Führer auch einigermassen soziales Verständnis, was für das Geschäft bei der Arbeiterschaft nur vorteilhaft wirken wird.

Die Lage der Hünninger Arbeiterschaft ist eine keineswegs beneidenswerte. Obgleich in Hünningen und St. Ludwig eine ganze Reihe industrielle Etablissements ihre Fabriken oder Niederlagen haben, und die Unternehmer dort ein schweres Stück Geld verdienen, ist der Lohn durchgängig ein völlig ungenügender. Es ist ausgerechnet, daß ein Arbeiter zur richtigen Ernährung einer vierköpfigen Familie allein den Betrag von mindestens 22 Mk. pro Woche rechnen muß. Dazu kommt dann noch die Miete, die Steuern, Kleidung und was sonst noch, alles daran hängt. Ein Wochenlohn von 80 Mk. würde es dem Arbeiter erlauben, einigermassen anständig leben zu können. Wie viele unserer Kollegen haben aber diesen Lohn? Betrachten wir uns die Lohnverhältnisse auf den Lagerplätzen, in der Pech- oder in der Carbidfabrik, in jedem Betrieb sind sie weit unter dem, was der Arbeiter eigentlich haben sollte. Nach dem neuesten Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder „verdienend“ im Jahre 1907/08 788 Aufsichtsräte und Aktionäre das Gummichen von 7½ Million Mark. Das macht auf den Einzelnen als

„Lohn“ für ein paar Sitzungen, die Summe von etwa 9900 Mark, oder soviel, wie 9-10 Arbeiter bei angestrengter Arbeit im ganzen Jahre Lohn erhalten. Bei der Bismarckhütte, in Obereschleien, bezieht beispielsweise ein Aufsichtsrat im Jahre 26 214 Mk. Lohntiere oder Trinkgeld, während die Arbeiter in diesem Betriebe ein Jahreseinkommen von 1109 Mark haben. Das ist die göttliche Weltordnung, daß sich ein großer Teil von Arbeitsbluten abplagen und abmühen muß, damit die Drohnen ein sorgenloses Leben führen können. Und nicht genug mit dem, die Drohnen machen den Arbeitern noch Vorschriften, Gesetze, belasten sie immer mehr mit neuen Abgaben und Steuern, und zu allen dem sollen wir noch recht schön schweigen.

Kollegen in Hünningen! Ihr seid noch ziemlich weit zurück geblieben, es gilt zu schaffen, daß auch ihr etwas vorwärts kommt, deshalb organisiert euch, hinein in den Deutschen Transportarbeiterverband.

**Mannheim.** Als dritte im Bunde hat nun auch die Mannheimer Patetfabrik den Tarif gekündigt. Folgendes Schreiben lief auf dem Büro des Verbandes ein:

„Wir nehmen mit Gegenwärtigem Veranlassung, den mit Ihnen in bezug auf das Arbeitsverhältnis unserer Kutscher unterm 10. November 1907 getätigten Vertrag auf den 31. Oktober d. J. zu kündigen, indem wir gleichzeitig anfragen, daß wir als Mitglied des Südwestdeutschen Arbeitgeber-Verbandes uns den z. Zt. stattfindenden Verhandlungen wegen Aufstellung eines neuen einheitlichen Vertrages anschließen.“

Auch die Mannheimer Patetfabrik will keine Lohnkürzung vornehmen, beabsichtigt jedoch genau so wie die anderen Fuhrunternehmer, die Arbeitszeit um eine halbe Stunde zu verlängern, was zweifellos einer Lohnkürzung gleichkommt. Täglich eine halbe Stunde bedeutet in der Woche drei Stunden zu 50 Pfg. gleich 1,50 Mk.

Kürzlich tagte eine vollständig besetzte Versammlung der Kutscher und Möbeltransportarbeiter von der Patetfabrik, welche einstimmig den Beschluß faßte, ein neues Vertragsverhältnis nur dann anzuerkennen, wenn sowohl in puncto Arbeitszeit wie auch Lohn, keine Verschlechterungen eingeführt werden. Nach dem Gebaren der übrigen Unternehmer in Mannheim ist es ausgeschlossen, daß ein einheitliches Tarifverhältnis zustande kommt, besonders aber nicht, wie dasjenige, welches die Kutscher in der Patetfabrik heute bereits besitzen, und auch in Zukunft fordern. Ueber die bisher gepflogenen Verhandlungen werden wir später berichten.

**Unternehmer-Terrorismus!** Die Geschirrführer in den Zwickauer Expeditionsgesellschaften, die sich ihrer gedrückten Lage bewußt geworden, erkläre ihrer gewerkschaftlichen Organisation, dem Transportarbeiter-Verbande angeschlossen hatten, waren vor kurzem in eine Lohnbewegung eingetreten, um wenigstens einigermassen Besserung und Ordnung in ihre unhaltbar gewordenen Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu bringen.

Die hiesigen Expedition- und Fuhrwerksgeschäftshaber gerieten darob ganz aus dem Häuschen. Gewohnt, immer mit den willkürlichsten Elementen zu arbeiten, kannten sie in deren Ausbeutung weder Maß noch Ziel. Uebermäßige Arbeitszeit und niedrige Löhne waren bisher das Los der Zwickauer Geschirrführer und Expeditionsarbeiter. Als sie nun durch den Einfluß der gewerkschaftlichen Organisation sich endlich ermanneten und dem Unternehmertum bestimmte Forderungen stellten, war's sofort aus mit der „patriarchalischen Harmonie“, die bisher ihr Leben ausfüllte, und die in viel Arbeit, wenig Ruhe und noch weniger Substanzmittel bestand.

Die Unternehmer, deren Konkurrenzneid sie vorher hinderte, eine gemeinsame Interessenvertretung zu schaffen, sind jetzt ein Herz und eine Seele und arbeiten mit den verwerflichsten Mitteln, um die Organisation der Geschirrführer widerstandslos zu machen. Ist dies auch ergebnislos, so beweist es doch, mit welchem Scharfmachertum man es im Transportgewerbe zu tun hat. Als der anfänglich übliche Wehlschmerz bei den Geschirrführern nicht zog, verlegte man sich auf Versprechungen, dann auf Androhung von Maßregelungen und Aussperrungen, kurzum einen Terrorismus schlimmster Art, der mit dem Erpressungs- und Nötigungsparagrafen des Strafgesetzbuches bedenklich kollidierte.

Vor uns liegen eine Anzahl Postkarten, darunter allein vier Einschreibekarten von der Firma Mödel u. Kirnse und andere von der Firma Naundorf, auf denen die Expedition-Firmen die Abmeldung ihrer Arbeiter vom Transportarbeiterverband feststellen und durch die Unterschrift der betreffenden Arbeiter bestätigten lassen.

Diese Unterschriften sind erzwungen und als solche rechtswidrig. Oder glauben die Herren viellecht, daß eine große Arbeiterorganisation derartige Willkürakte, die nicht nur gegen die guten Sitten verstoßen, sondern einen schweren Verstoß gegen § 153 der G.-O. und eine Nötigung schwersten Kalibers darstellen, ernst nimmt?

Arbeitgeber, die schon mit solch verwerflichen Mitteln arbeiten, um ihren Arbeitern das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht vorzuenthalten, müssen selbstverständlich gewärtig sein, daß ihr Verhalten öffentlich gebrandmarkt und mit allen gesetzlich zulässigen Mitteln bekämpft wird, bis sie sich eines Besseren bestimmen!

**Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.**

**Altenburg.** Am Sonnabend, den 10. Juli, fand die General-Versammlung unserer Zahlstelle statt. Aus dem Kassensbericht vom 2. Quartal war zu ersehen, daß der Kassensbestand trotz der noch bestehenden Krise sich um 24 Mk. erhöht hat. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils erstattete Kollege Friedrich Greiß den Bericht vom Verbandstag in München. Mit den gefaßten Beschlüssen

waren die anwesenden Kollegen einverstanden. Es wurde dann ein Antrag der Ortsverwaltung betreffs Aufhebung der örtlichen Sterbekasse und Aufrufen in eine höhere Beitragsklasse verhandelt. Der Vorsitzende erklärte, daß mit der Klasse eine Änderung vorgenommen werden müsse, da die Beiträge den Unterstützungen gegenüber zu niedrig sind. Diese Klasse sei früher deshalb gegründet worden, weil die statutarischen Unterstützungsätze noch nicht auf der Höhe standen wie jetzt. Da nun aber die Unterstützungs-einrichtungen des Verbandes in entsprechender Weise ausgebaut sind, sei es notwendig, die örtliche Klasse aus der Welt zu schaffen, und in eine höhere Beitragsklasse aufzurücken. Nach längerer Aussprache wurde der Antrag gegen 1 Stimme angenommen. Gleichzeitig wurde noch auf eine in nächster Zeit stattfindende öffentliche Transportarbeiter-Versammlung aufmerksam gemacht, in welcher Kollege Reber, Leipzig, referierte, und der Wunsch ausgesprochen, daß die Kollegen in der Versammlung recht zahlreich erscheinen möchten.

**Mugsburg.** Unsere am Samstag, den 17. Juli, abgehaltene Mitgliederversammlung war in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung diesmal leider nur mittelmäßig besucht. Nach Verlesung des Protokolls gab der Bevollmächtigte den Geschäfts- und Kassensbericht, aus dem folgendes zu entnehmen ist. Kollege Jnhöfer betonte, daß seit seiner Tätigkeit in Mugsburg vom 4. April d. J. ein Zugang von 71 Mitgliedern zu verzeichnen sei, wovon allerdings 15 Neuaufnahmen infolge etwas verspäteter Abrechnung vom 1. Quartale in Wegfall kommen. Die Agitation sei eine sehr rege gewesen, indem eine öffentliche Versammlung, 7 Mitgliederversammlungen und 80 Bezirks- und Betriebsversammlungen abgehalten wurden. Das Notwendigste war zunächst eine Bezirkseinteilung für das Kassierwesen, damit die Mitglieder mit ihren Beiträgen nicht in Rückstand kommen und wieder verloren gehen, was ja gerade in Mugsburg das Hauptübel gewesen sei. Es sei leichter, Mitglieder zu gewinnen, als dieselben dauernd zu erhalten. Auch die innere Festigkeit der Zahlstelle habe sich erfreulicherweise bedeutend gehoben, was der Mehrumfaß an Beitragsmarken, 1187 Stück, am besten beweise. Damit sei aber auch glänzend bewiesen, daß die Mühseden so vieler Kollegen, in Mugsburg sei nichts zu machen, keine Aussicht seien, und wenn in den kommenden 2 Quartalen so weiter gearbeitet werde, stehe die Verwaltungsstelle Mugsburg bis zum Jahreschlusse nicht mehr als Spielball der hiesigen Unternehmer da. Nachdem Redner noch die einzelnen Posten der Einnahmen sowie Ausgaben in verständlicher Weise erläutert hatte, schloß er seinen Bericht mit dem Ersuchen, jeder Kollege solle sein Möglichstes einsehen, damit die erbärmlichen Lohnverhältnisse unserer Kollegen recht bald gebessert werden können. Eine Diskussion über diesen Punkt wurde nicht beibehalten. Im folgenden Punkte sprachen einige Kollegen über die geradezu schandmäßigen Löhne der Fabrikpacker und Ausgeher, sowie über deren schlechte Behandlung, was sie allerdings ihrer eigenen Interessenlosigkeit zu verdanken hätten. Nachdem noch auf das Genossenschaftswesen sowie die Arbeiterpresse und den neuen Volksraub durch den blauschwarzen Schnapsblock vom Kollegen Jnhöfer gebührend hingewiesen, schloß die anregend verlaufene Versammlung.

**Breslau.** In einer öffentlichen Versammlung für Handelsarbeiter, welche am 14. 7. cr. stattfand, sprach ein Kollege über: „Das Vorgehen des Breslauer Detaillisten-Vereins in der Sonntagsruhe“, und ferner: „Wo bleibt der Achtuhrabendeschluß?“

Aus den Ausführungen des Redners, welche allgemeinen Beifall fanden, war folgendes zu entnehmen:

Die genannte Unternehmer-Vereinigung hat gleich am Anfang ihr klares Gesicht den Angestellten gezeigt, denn selbige hat sich zum Grundsatz gestellt, den unberechtigten Forderungen (?) ihrer Angestellten einen Damm entgegenzusetzen.

Leider sind in Breslau die Handelsangestellten (Hausdiener und Packer etc.) zum großen Teil aus ihrem Schlaf noch nicht erwacht, und sehen den Feind, welcher ihnen so großen Schaden anrichten will, nicht.

Der Detaillisten-Verein ist mit allen Mitteln bestrebt, den Angestellten das bishigen Sonntagsruhe, was sie sich durch große Arbeit errungen haben, wieder zu entreißen und ins alte Gleis zu führen.

Ferner haben diese Herren Petitionen an das Polizeipräsidium gerichtet, welche dahin gingen, die Verkaufszeit an den letzten drei Sonntagen vor großen Festtagen von 11 bis 7 Uhr auszudehnen. Diesem Gesuch wurde ja glücklicherweise nicht entsprochen, aber man kann sehen, wie diese Herren bestrebt sind, Maßnahmen zu schaffen, welche die Freiheit der Angestellten bis auf das Äußerste beschneiden.

Vor kurzer Zeit hat dieser Verein beschlossen, einen Bund zu gründen, welcher sich über die ganze Provinz Schlesien erstrecken soll. Die Herren werden sich voraussichtlich auch dem Arbeitgeber-Verband für Handel und Industrie anschließen.

Alles das sind Bestrebungen, welche sich die Angestellten etwas näher betrachten und nicht so gleichgültig darüber hinweg gehen sollten. Es wird notwendig sein, daß sich die Berufskollegen aus dem Vorgehen dieses Detaillisten-Vereins etwas Lehre holen, die Augen öffnen und weiter über ihre Lage hinweg schauen, als sie es bisher getan haben.

Aufgabe eines Reden, der seine Lage besser gestalten will, muß es sein, sich seiner zuständigen Organisation anzuschließen. Die Kollegen müssen mehr den Weg dahin finden, wo ihre Interessen vertreten werden. Je stärker die Organisation ist, desto mehr werden die Kollegen erzielen.

Was die Arbeitgeber im Handelsgewerbe ihren Angestellten bis jetzt zugesprochen haben, ist nur eine Abschlagszahlung, den größten Teil sind sie noch schuldig. Die Kollegen haben es in der Hand, den Sieg davon zu tragen oder mit Fesseln in den Kerker geworfen zu werden. Alles muß mit Hand anlegen zur Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

In der Diskussion kritisierten einige Kollegen das Vorgehen des genannten Vereins in sehr scharfer Weise, sie schlossen sich den Ausführungen des Referenten an.

Zum zweiten Punkt unterzog der Referent die Maßnahmen der Handelskammer einer scharfen Kritik, welches bei der Versammlung ebenfalls großen Beifall fand.

Nach einer hierauf erfolgten eingehenden Diskussion wurde das Büro beauftragt, ein Beschwerdebuch an den Regierungspräsidenten zu richten, in welchem zum Ausdruck gebracht werden soll, daß es nicht notwendig sei, die Einführung des Nachschubladenschlusses so in die Länge zu ziehen.

Ferner, daß sich die Angestellten im Handelsgewerbe mit den Maßnahmen und Bedenken der Handelskammer auf keinen Fall einverstanden erklären können. — Kollegen! Wir können nicht umhin, unsere Kollegen Hausdiener etc. einmal darauf aufmerksam zu machen, daß zu ihren vornehmsten Pflichten als Gewerkschafter der Besuch aller Versammlungen gehört.

Der weitestgehende Teil der Kollegen aus dem Handelsgewerbe jedoch scheint anzunehmen, daß sie selbst den Stein der Weisen gefunden haben und deswegen einer weiteren Belehrung nicht mehr bedürfen. Wie anders wäre es sonst möglich gewesen, daß diese Versammlung, welche doch von so großer Wichtigkeit für die Kollegen war, nicht so besucht gewesen ist, wie es erwartet wurde.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Breslauer Arbeiterschaft und die unserer Kollegen Hausdiener im besonderen, schreiben ihnen geradezu Tag für Tag in die Ohren, daß sie nur unter Aufbietung aller Kräfte zur Verfügung stehenden Machtmittel sich aus der Misere erheben können, in der sie sich noch befinden.

Und daß diese Machtmittel ausschließlich in der Solidarität, im Zusammenschluß aller Kollegen nur im Deutschen Transportarbeiter-Verband zu finden sind, sollten die Kollegen alle wissen. Die Kollegen dürfen nicht glauben, wenn sie ihre Beiträge bezahlen, ist alles gut; nein Kollegen, wenn ihr erst Mitglied seid, müßt ihr auch mitarbeiten für unsere gute Sache, Interesse zeigen, wo ihr nur könnt.

Kollegen, merkt euch, und ihr, die es besonders angeht, bessert euch!

Schimpft nicht über schlechte Zeiten, geringe Löhne und lange Arbeitszeit und was sonst noch ihr mit Recht an euren Erwerbsverhältnissen auszusetzen habt, sondern seid tätig für unsere Organisation, zeigt etwas mehr Interesse für die gute Sache und werbet neue Mitglieder, neue Kämpfer im Streite gegen das Unternehmertum.

Wenn wir alle in einer Kette zusammengeschlossen marschieren werden, dann kann uns keine Unternehmer-Vereinigung mehr hindern, unser Ziel zu erreichen, welches wir uns gestellt haben. **Halberstadt.** In unserer Mitgliederversammlung am 10. d. Mts. referierte der Gauleiter über die Verhandlungen und Beschlüsse des Verbandstages und deren Nutzen für die Organisation. Die Kollegen folgten mit schlichtem Interesse den Ausführungen des Redners. Leider war die Versammlung nicht der Mitgliederzahl entsprechend besucht; freilich ist das schon ein chronischer Fehler in Halberstadt. Eine lebhafteste Debatte entspann sich wegen des mit Bauarbeitern abgeschlossenen Kartellvertrages. Die auf Bauten beschäftigten Kollegen wollen nicht zu den Bauarbeitern übertreten, trotzdem ihnen von verschiedenen Seiten — und ziemlich deutlich — gesagt wurde, daß Verträge abgeschlossen werden, damit man sie hält und nicht umgeht. Wir müssen deshalb die in Frage kommenden Mitglieder nochmals ersuchen, überzutreten zu der für sie zuständigen Organisation, zum Bauarbeiterverband, wozu sie rechtmäßig und vertragsmäßig gehören, nach dem Grundsatz: Jeder soll Mitglied seiner Berufsorganisation sein!

Denselben Kollegen aber, die lausend die Versammlungen schwänzen, rufen wir zu: Wem daran liegt, sich Aufklärung zu verschaffen, sein Wissen zu erweitern, besuche die Versammlungen, not tut es uns allen!

**Söflin.** (Sektion der Fuhrleute.) Am Sonntag, den 4. Juli fand unsere Sektionsversammlung statt, welche gut besucht war. Nach der Verlesung des Protokolls nahm der Geschäftsführer das Wort zu einem Vortrag über: „Die christlichen Gewerkschaften als Kernpunkt der modernen Arbeiterbewegung“. In etwa 1 1/2 stündigen Ausführungen ging der Referent auf die Entstehung der christlichen Gewerkschaften ein. Er zeigte an den verschiedensten Beispielen, wie diese gewerkschaftliche Richtung nicht aus sich selbst entstanden, sondern wie speziell der Merkantilismus es zu jeder Zeit verstanden habe, die Indifferenz und Anerkennung der Arbeiterschaft, besonders der katholischen, zu seinen mißbräuchlichen Zwecken zu benutzen. Der leitende Gedanke sei stets der gewesen, die Arbeiterschaft zu spalten und dadurch den Siegeslauf des Proletariats aufzuhalten. Nicht genug damit, daß die Arbeiter dem Unternehmer gegenüber den wirtschaftlich schwächsten Teil darstellen, sorgten die Merkantilen Demagogen sowie ihre Erbannten, die christlichen Gewerkschaftsführer, daß die Zerspaltung unter der Arbeiterschaft möglichst erhalten bliebe. Wo es sich um Forderungen handelte, seien die Christlichen recht groß in Worten veranlagt, sobald aber Laten folgen sollten, erlebten wir es so oft, daß sie zum Verräter an der Arbeiterschaft wurden. Unsere Aufgabe müsse es sein, nicht nur die Indifferenten, jeglicher Organisation fernstehenden Arbeiter, sondern auch die Mitglieder der Zwitterorganisationen darüber aufzuklären, daß wir dann nur das gut koalitierte Unternehmertum, welches nicht nach der Religion seiner Mitglieder frage, bekämpfen könnten, wenn die Arbeiter eine geschlossene Phalanx bildeten. Dieses mit zur Verwirklichung zu bringen, sei die Pflicht eines jeden Kollegen. Dann würde auch die Zeit kommen, wo wir die Früchte unserer Tätigkeit genießen könnten.

In der Diskussion nahmen noch die Kollegen Hilben und Otten das Wort, um die Ausführungen des Referenten zu ergänzen. Auch sie forderten die Kollegen auf, in Sinne des Referats zu wirken, damit in Söflin auch einmal andere Zustände Platzgreifen würden. Die Kollegen hätten alle Ursache, stets für guten Versammlungsbesuch zu sorgen, damit den Kollegen stets die nötige Aufklärung gegeben werden könne. Zwei Anträge des Kollegen Königfeld, welche das Versammlungsweisen betrafen, wurden einstimmig

abgelehnt, da dieselben nicht durchführbar waren. Hier auf wurden zwei Kollegen als Kandidaten für die Wahlen zum Schiedsgericht für Arbeiterversicherung nominiert. Nach einem Appell des Vorsitzenden, für die frächtige Ausbreitung der Organisation zu jeder Zeit Sorge zu tragen, schloß derselbe die Versammlung.

**Königsberg.** Die zweite Generalversammlung der Verwaltungsstelle fand am 13. Juli statt. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, wird in üblicher Weise der verstorbenen Kollegen gedacht. Im Geschäftsbericht bedauert Kollege Seidel, daß es trotz der stark entfalteten Agitation nicht möglich gewesen ist, eine Erhöhung der Mitgliederzahl herbeizuführen. Lohnbewegungen waren 3 zu verzeichnen und ist es uns in zwei Fällen gelungen, einige Vorteile für unsere Kollegen herauszuholen. Eine Diskussion zum Geschäftsbericht fand nicht statt.

Nachdem dem Kassierer Entlastung erteilt worden war, erhielt Kollege S. das Wort zum Bericht über den Verbandstag in München. Im Laufe seines Berichtes wies er hauptsächlich auf die Schaffung der Erwerbslosenunterstützung hin, die für die Kollegen mehr Vorteile hat, als das bisherige Unterstüßungssystem. Ebenso ist eine Erhöhung der Streit- und Genafregeltunterstützung um je eine Mark pro Woche eingetreten. Eine wichtige Verbesserung ist durch Annahme der Beitragsermäßigung für Kollegen, die invalide, oder über 60 Jahre alt sind, geschaffen worden. Es tritt für diese Kollegen eine Beitragsermäßigung von 20 Pf. pro Woche mit den üblichen Ortszuschlägen ein, wenn sie zehn Jahre dem Verbands angehört haben. Mit einer Aufforderung an die Kollegen, mehr als bisher für die Ausbreitung des Verbandes Sorge zu tragen, schloß Kollege Seidel seine Ausführungen.

In der Diskussion erklärten verschiedene Kollegen ihr Einverständnis mit den auf dem Verbandstag gefaßten Beschlüssen. Nachdem noch die Wahl eines Kartellbelegierten erledigt worden war, wurde die Versammlung geschlossen.

**Mainz.** Am 7. Juli fand eine öffentliche Versammlung für alle im Handels-, Transport- und Verlehrsgebiete tätigen Personen, mit der Tagesordnung: „Die Brutalität des Unternehmertums“ statt. Ein Kollege aus Frankfurt a. M. verstand es meisterhaft, das Gebahren des Süddeutschen Arbeitgeberverbandes den Anwesenden klar vor Augen zu führen. Unter anderem verlas Redner einige Notizen aus der „Süddeutschen Arbeiterzeitung“ und meinte, es wäre besser, wenn die Herren vom Arbeitgeberverband auf den „Courier“ abonnierten würden, denn ihre Zeitung, welche sie immer im Besitze halten, bringt ja doch nur lauter Berichte aus dem „Courier“. Ein Diskussionsredner führte an, daß sämtliche Unternehmer zu dieser Versammlung eingeladen wären, aber es sei kein einziger erschienen. Noch feiger seien diejenigen Kollegen, welche nicht zu dieser Versammlung erschienen seien. Ein Kollege führte an, daß es in Mainz sowohl wie auch in allen übrigen Städten Fuhrunternehmer gibt, wenn da der Haferteilerant sowie der Werbeständler die Hand zumachen, der Unternehmer ebenso mittellos dastehet, wie auch wir Transportarbeiter. Die Firma Heinrich Wellig führt für ein billiges Geld Arbeiten aus; so z. B. bei der Stadt Mainz fährt dieser Unternehmer die Anfuhr des städtischen Kols den Zentner 6 Pf. billiger wie die anderen Fuhrherren, und dieses alles muß wieder aus den Knochen der Fuhrleute herausgeholt werden. Vom frühen Morgen bis in die späten Abendstunden müssen die Leute dort schuften für ein paar Groschen. Tagtäglich sieht man dort frische Gesichter; ein anständiger Fuhrmann bleibt überhaupt nicht dort. Durch die kolossale Arbeitslosigkeit sind immer wieder Kollegen gezwungen, einige Tage die Arbeit dort aufzunehmen, denn lange hält es keiner aus. Ein Kollege wies darauf hin, daß im nächsten Frühjahr unser Tarifvertrag abgelaufen sei, deshalb müssen wir jetzt schon rüsten und auch den allerletzten Mann dem Verbands zuführen. Geschehe dieses, so werden wir im Frühjahr gerüstet dastehen und jedem Angriff der Unternehmer gewachsen sein.

Nachdem noch einige Diskussionsredner im Sinne des Referenten gesprochen hatten, trat Schluß der gut verlaufenen Versammlung ein.

**München.** Am Samstag, den 10. Juli fand die Quartalsversammlung für das 2. Quartal 1909 statt. Nachdem das Andenken von zehn im Verlaufe des Quartals verstorbenen Kollegen durch Erheben von den Sitten geehrt worden war, nahm der Bevollmächtigte das Wort zum Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung im 1. Halbjahr 1909. Er gab zunächst einen Überblick über die Entwicklung der Mitgliederzahl und der geleisteten Wochenbeiträge, sowie über die Leistungen der Organisation in bezug auf die verschiedenen Unterstützungen. Anschließend hieran berichtete Eickner über die verschiedenen Lohnbewegungen, die von der Organisation geführt wurden und bei denen für die daran beteiligten Kollegen ganz erhebliche Vorteile erzielt wurden. Es waren dies die Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung bei Hofbäder Seidl, Sally Alder, Kapierergeschäft, Hasenmeier, Weisenfeld und bei der Hausmüllabfuhr. Für die 161 Personen, die insgesamt daran beteiligt waren, wurde die Arbeitszeit pro Woche um 105 1/2 Stunden verkürzt und an Mehrlohn 548,50 Mk. pro Woche oder pro Jahr 28 522 Mk. erreicht, sowie Begahlung der Ueberstunden, der Sonntagsjour und andere Verbesserungen durchgeföhrt. Dem Kassierbericht, den Kollege Eisenberger erstattete, war zu entnehmen, daß sich der Mitgliederstand von 3502 am Ende des 1. Quartals auf 3630 gehoben hat. Die Einnahmen beliefen sich auf 22 516,63 Mk. Für die verschiedenen Unterstützungen sowie Rechtsschutzerteilung wurden insgesamt im 2. Quartal 11 077,75 Mk. verausgabt. Dem Geschäfts- und Kassierbericht schloß sich eine sehr rege Diskussion an, nach deren Beendigung dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt wurde. Von einem Bericht der De-

legierten des Gewerkschaftsvereins wurde in Anbetracht der vorgezogenen Zeit Abstand genommen. Als Delegierte zum Gewerkschaftsverein wurden einstimmig die Kollegen Staar, Eickner, Dirnberger, Biller und Angerer gewählt. Nachdem noch ein Ausschlußantrag der Ortsverwaltung gegen 17 ehemalige Kollegen, die sich des Streikbruchs schuldig gemacht haben, einstimmig angenommen worden war, wurde vom Vorsitzenden die Versammlung geschlossen.

**Würzburg.** Während es sonst in unserer Spießbürgerstadt sehr „gemühtlich“ zugeht, hat es die Aus-sperrung der hiesigen Schreiner und Bauarbeiter fertig gebracht, die Würzburger Bevölkerung aus ihrer Ruhe aufzuschrecken. Außer dem Nachtdünkel der Bauunternehmer hat hier auch die Stellungnahme der Staats- und Kommunalbehörden für die Unternehmer ihr Teil dazu beigetragen. Hat es doch die Stadtverwaltung verstanden, durch Lieferung von Dedern, Hergabe des Feuerwehrautomobils zur Beförderung der Arbeitswilligen, sowie Uebernachten der Arbeitswilligen auf der Baubude, einseitig zu Gunsten der Unternehmer einzugreifen. Weiter hatte die Bahnverwaltung den Zug, der 50 Streikbrecher unter der Führung des Berliner Agenten Genke brachte, auf offener Strecke halten lassen, und wurden diese Arbeiter dann durch das Feuerwehrautomobil und großer polizeilicher Begleitung unter Führung der Herren Rechtsräte Brand und Böfller um nachts 1 Uhr auf die Baustelle gebracht. Wurden hier schon die elementarsten Begriffe der Gerechtigkeit verletzt, so beschimpfte die „Neue Bayer. Landeszeitung“ die Arbeiterschaft noch in gemeiner Weise. In der am Donnerstag, den 26. Juni stattgefundenen öffentlichen Volksversammlung, die von ungefähr 3000 Personen besucht war, wurde nach dem mit stürmischem Beifall aufgenommenen Referat der Streikleiter, entschiedener Protest gegen die Handlungsweise der Behörden erhoben. Auch unser Verband hatte für Sonntag nachmittag eine öffentliche Transportarbeiterversammlung in die „Blau-Blode“ einberufen, zu der in dankenswerter Weise der Leiter des Maurerverbandes, Kollege Engelhardt das Referat über „Was lehrt uns die Aus-sperrung der hiesigen Schreiner und Bauhandwerker?“ übernommen hatte. Redner schilderte das Entstehen der Bewegung und kritisierte das Verhalten der staatlichen Organe. Er verwies weiter darauf, daß hier auch im Handels- und Transportgewerbe eine gute Organisation dringend notwendig sei; dann könne es vermieden werden, daß unsere Kollegen zum Transport der Arbeitswilligen und des Baumaterials verwendet werden. Das Transportgewerbe sei der Lebensnerv der heutigen Gesellschaft. Referent forderte zur tatkräftigen Organisation und zum Leiden der Arbeiterpresse auf. Durch Humanitätsduselei können wir niemals Erfolge erringen. Die jeher lebhafteste Diskussion verurteilte aufs schärfste die Ungehörigkeit unserer Kollegen zu Klimbim- und Kriegervereinen. Anstatt die Versammlung zu besuchen, hätten es Kollegen für besser gehalten, den Festzug des Kriegervereins mitzumachen und so zur Verherrlichung des Massenmordes beigetragen. Die Zugehörigkeit zu solchen Vereinen sei mit dem Gewerkschaftsgedanken nicht vereinbar. Nach dem Schlußwort des Referenten wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heutige öffentliche Transportarbeiterversammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der rücksichtslosen Handlungsweise der Bauunternehmer.

Die Versammlung mißbilligt ferner entschieden die Unterstützung der Unternehmer durch Stadt- und Bahnverwaltung. Die Versammelten sprechen den Bauarbeitern für ihre Geschlossenheit vollste Anerkennung aus und erklären sich mit ihnen solidarisch.

Weiter fordert die heutige Versammlung alle im hiesigen Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen auf, aus der Handlungsweise der Bauunternehmer auch für ihren Beruf die richtigen Schlüsse zu ziehen, zu lernen, daß nur durch Anschluß an die Berufsorganisation, dem Deutschen Transportarbeiter-Verbande, die menschernwürdigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu bessern sind. Nicht durch Humanitätsduselei, sondern nur durch entschiedene Vertretung der Arbeiterinteressen können sich auch die Transportarbeiter merklliche Vorteile für sich und ihre Familie erringen.“

**Mitteilungen des Vorstandes.**

Die Adresse des Verbands-Ausschusses ist: August Lüddecke, Magdeburg, Schrotestr. 17, 3 Trp.

Neue Verwaltungsstellen wurden gegründet am 18. Juli 1909 in: **Leipzig** (Vogel), Bevollmächtigter: **Reißmann**, Otto, Lindenstr. 17, 1 Tr. und **Mühlheim** (Ruhr), Bevollmächtigter: **Bohm** a n n, Josef, Hingbergstr. 100; Kassierer: **Reißmann**, Hermann, Heisenstr. 119.

Verloren gegangen ist das Mitgliedsbuch des Kollegen **Füngerling**, Wilhelm, Hpt.-Nr. 260 578, der Verwaltungsstelle **Hannau**, eingetreten daselbst am 10. März 1907. Falls dieses Buch vorgezeigt wird, ist es abzugeben und an die Adresse des Unterzeichneten einzusenden.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

**J. A.: Oswald Schumann**, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr.

NB. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten. Alle Gelder sind an den Hauptkassierer, Kollegen **Carl Käßler**, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr., einzusenden.

Verantwortl. Redakteur: Emil Nibel, Lichtenberg. Verlag der Buchdrg. „Courier“, D. Schumann-Berlin. Druck: Maurer u. Dimml, Berlin, Adalbertstr. 37.